

# BULLETIN

NUMMER 4 | DEZEMBER 2019



- \* 4 Wahlen - Die erste Zugerin in Bern \*
- \* 10 Kantonsrat - 600 Millionen Überschuss \*
- \* 14 Kalter Krieg - Stasi im Kanton Zug \*
- \* 16 Energie - Alle aussteigen bitte \*
- \* 20 Unterfeld - Aus Fehlern gelernt \*

FUEL CONTROL  
CALIBRATION POINTS

### 2 Inhaltsverzeichnis

#### 3 Editorial

Einsatz für die Zukunft

#### 4 Wahlen

Die erste Zugerin in Bern

#### 6 Wahlen

Erfolgreiche Jungpartei

#### 8 Wahlen

Ein Spitzenplatz

#### 9 Nationalrat

Historische Wahl

#### 10 Kantonsrat

600 Millionen Überschuss

#### 12 Gentechnik

Wem nützt Gentechnik?

#### 14 Kalter Krieg

Stasi im Kanton Zug

#### 16 Energie

Alle aussteigen bitte

#### 20 Unterfeld

Aus Fehlern gelernt

#### 23 Grünspecht

WählerInnen abholen

#### 24 Referendum

Ja zum Schutz

#### 25 Verkehrspolitik

Sackgasse E-Mobilität

#### 26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

### «Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
«Das BULLETIN»

### Titelbild

Das Titelbild zeigt eine Ansicht aus der Perspektive der Burg Zug. Im Vordergrund eine Bloodhound Lenkwaffe und im Hintergrund das Gebäude an der Kirchstrasse 4, das im Artikel auf Seite 14–15 eine Rolle spielt. Lesen Sie selbst!



# Einsatz für die Zukunft

Tabea Zimmermann Gibson, Zug, ALG-Ständeratskandidatin 2019



*Was für ein Wahlherbst! Wir haben den Nationalratssitz zurückerobert – Hurra und ein riesiges Dankeschön an alle, die sich im Wahlkampf engagiert und geholfen haben, dieses Resultat zu erzielen: als Kandidierende, hinter den Kulissen, durch ihre Spenden, beim Plakate Aufstellen und/oder beim Flyern auf der Strasse. Mit Manuela Weichelt-Picard nimmt erstmals eine Frau einen der fünf Zuger Sitze in Bern ein – Hurra zum Zweiten! Manuela wird die grünen und sozialen Anliegen im Bundeshaus äusserst kompetent einbringen und mithelfen, griffige Massnahmen gegen die Klimakrise zu ergreifen – Hurra zum Dritten! Mit Stolz können wir auf die Wahlen 2019 blicken: Neben unserem Nationalratssitz ist auch die Tatsache zu feiern, dass die Alternative – die Grünen/CSP in der Stadt Zug mit ihren Listen 23,45 Prozent aller Parteistimmen*

*erreicht haben und somit das beste Ergebnis von allen Parteien. Zudem durfte ich als die erfolgreichere der beiden linken Ständeratskandidatinnen in den zweiten Ständeratswahlgang steigen. Neben den beiden bürgerlichen Kandidaten der FDP und SVP, die politisch recht nahe beieinanderlagen, boten wir den Zuger\*innen mit meiner Kandidatur eine gute linke Alternative: für mehr Nachhaltigkeit, Vielfalt und Frauenpower, auch im Ständerat. Unsere Wähler\*innen mussten so nicht entscheiden zwischen zwei politischen Ausrichtungen, die ihnen nicht entsprechen, oder nicht zu wählen. Die vielen positiven Rückmeldungen und der Achtungserfolg meines Resultates zeigen, dass der Entscheid richtig und wichtig gewesen ist, diese Alternative zu präsentieren. Das gute Resultat der Grünen in den Wahlen 2019 ist das Ergebnis von unzähligen Begegnungen und Gesprächen. Zusammen mit den Klima- und Frauenstreiks haben sie bei ganz vielen die Erkenntnis reifen lassen, dass wir nicht weitermachen können wie bisher, wenn wir den nächsten Generationen nicht einen riesigen Schlamassel hinterlassen wollen. Viele Leute denken bezüglich der Klimakrise zwar immer noch: «Auf mich kommt es doch nicht an; was ich tue, macht keinen Unterschied.» Wenn dies im*

*Einzelnen auch stimmt, ist es gleichzeitig auch klar, dass wir nichts verbessern können, wenn wir uns nicht bewegen. Sich nicht bewegen, ist aber keine Option. Die Fakten sind klar. Je länger wir warten, das CO<sub>2</sub> mit erneuerbaren Energien zu vermeiden, desto schlimmer sind die Folgen der Klimaerwärmung und desto höher die Kosten: Die Zunahme ist nicht linear, sondern exponentiell. Freiwilligkeit und der Markt können die Klimakrise nicht lösen, schon gar nicht zeitnah. Es braucht deshalb schnellstmöglich konkrete Vorgaben der Politik, um Innovation voranzutreiben und die Menschen und die Wirtschaft dazu zu bringen, Verantwortung für unsere Welt und das Gemeinwohl zu übernehmen. Der Übergang von nicht erneuerbaren Energien zu erneuerbaren muss sozialverträglich geschehen und nicht auf dem Buckel «des kleinen Mannes», wenn wir die politische Stabilität in der Schweiz bewahren wollen. Glücklicherweise kennt die Schweiz die Instrumente der Lenkungsabgaben und der Rückverteilung bereits. Die Infrastruktur steht. Wir müssen sie nur noch ausbauen. Die breite Unterstützung, die wir während des Walkampfes von verschiedenster Seite erfahren durften, ist für uns in der ALG und CSP der Auftrag, uns politisch weiterhin für unsere Werte und Ziele zu engagieren. So intensiv der lange Wahlkampf war, hat er uns auch viel Energie gegeben und unseren Enthusiasmus verstärkt. Auch ich freue mich darauf, zusammen mit Ihnen auf diesem Weg weiterzugehen und meinen Teil zur Lösung beizutragen: Für eine Zukunft, wo das Gemeinwohl, wo tatsächliche Gleichstellung, Solidarität und Nachhaltigkeit im Zentrum von Politik und Gesellschaft stehen. ■*

# Die erste Zugerin in Bern

Philippe Koch, Politikwissenschaftler

**4** **Erstmals in der Geschichte haben die Zuger Stimmberechtigten eine Frau in den Nationalrat gewählt. Dass dies mit Manuela Weichelt-Picard eine Frau der Alternativen – die Grünen ist, ist wenig überraschend, aber umso schöner. Manuela Weichelt-Picard steht für die zwei politischen Kräfte, die die Gegenwart prägen: die Klimabewegung und die Frauenbewegung. In der ganzen Schweiz gingen Grüne und Frauen als Siegerinnen hervor.**

Mit der Wahl von Maya Graf in den Ständerat nahmen die Wahlen 2019 aus Sicht der Grünen einen erfreulichen und logischen Abschluss. Die Grünen konnten im Nationalrat 17 Sitze zulegen und kommen neu auf 28. Im Ständerat haben die Grünen neu 5 Sitze (2015:1). Von den total 21 neuen Sitzen gehen 16 auf das Konto von grünen Frauen! Der Wähler\*innenanteil der Grünen Partei liegt bei 13,2 Prozent und damit 6 Prozentpunkte über dem Ergebnis von 2015 und rund 3,5 Prozentpunkte über dem bisherigen besten Ergebnis von 2007.

Die Euphorie muss aber in zweifacher Weise gedämpft werden. Erstens und entgegen der Berichterstattung der meisten Medien geht der Wahlerfolg der Grünen nicht darauf zurück, dass sich die «Stimmung» geändert hat oder Grün einfach im «Trend» liege. Sondern die Grünen haben gewonnen, weil sich der Klimawandel im Alltag der Menschen mit voller Wucht zeigt. Es ist diese besorgniserregende Veränderung, die die Wähler\*innen veranlasst, die Grüne Partei zu wählen. Der Wahlerfolg hat also eine reale Problemlage als Ursache. Es liegt nun an der Grünen Partei (und ihren Mitstreiter\*innen innerhalb und ausserhalb des Parlaments), mit Ernsthaftigkeit, Vision und Tatendrang wirkungsvolle Antworten auf den Klimawandel zu finden.

## Euphorie gedämpft

Dass dies eventuell nicht reichen wird für die klimapolitische Wende, hat mit dem zweiten, die Euphorie dämpfenden Grund zu tun: Die

links-grünen Kräfte sind weiterhin in der Minderheit, sowohl in der Bundesversammlung als auch in allen Kantonen. Sowohl SVP, FDP als auch CVP haben zwar verloren – das rechtsbürgerliche Lager ist mit einem Verlust von knapp 6 Prozentpunkten und 22 Sitzen der Verlierer der Wahlen – doch verfügen sie im Ständerat und im Nationalrat immer noch über eine Mehrheit. Die grünen Anliegen werden es im Parlament weiterhin schwer haben. Umso wichtiger sind und bleiben die ausserparlamentarischen Kräfte, die im medial aufgeheizten, aber selten profund analysierten Wahlkampfespektakel oftmals unterzugehen drohen.

Das Resultat im Kanton Zug reiht sich in das Gesamtergebnis der Schweiz ein: Mit einem Wähler\*innenanteil von über 19 Prozent sind die Zuger Grünen (ALG) die stärkste Kantonalpartei der Deutschschweiz (siehe Tabelle 1). Das Ergebnis liegt mehr als 2 Prozentpunkte über dem bisherigen besten Resultat von 2007 (17 Prozent). Doch damals konnten die Zuger Grünen mit Jo Lang mit einem bisherigen Nationalrat als Wahllokomotive antreten. Mit rund 22 600 Parteistimmen hat die ALG erstmals die FDP (17 247) bei Nationalratswahlen überflügelt und zwar um mehr als 5 000 Stimmen. Damit ist die ALG die drittstärkste Partei bei den diesjährigen Wahlen.

## Panaschierstimmen wichtig

Ohne Nachwahlbefragung ist es kaum möglich, die Dynamik der Wähler\*innen genau zu verstehen oder abzubilden. Ein Blick auf die

Anzahl und Entwicklung der verändert und unverändert eingelegten Wahlzettel kann jedoch einen Hinweis darauf geben, wie sich die Wähler\*innenbasis über die Zeit verändert hat. Bei den Wahlen 2003 haben fast vier von zehn Wählenden eine unveränderte Liste eingeworfen (2003: 37,8 Prozent). Bei diesen Wahlen machten dies nur noch weniger als 30 Prozent (2019: 28,7 Prozent). Diese Entwicklung bestätigt eine These der Politikwissenschaft, nämlich dass die Parteibindung bei den Wähler\*innen immer stärker abnimmt und es damit immer weniger Wähler\*innen gibt, die immer die gleiche Liste unverändert einwerfen. Panaschierstimmen werden dementsprechend immer wichtiger für das Gesamtergebnis.

Ein Blick auf die Zuger Wahlen zeigt nun aber ein gemischtes Bild (siehe Tabellen 2 und 3). Während alle Parteien ausser der ALG absolut weniger Stimmen von unveränderten Listen erhalten haben, konnte die ALG diese steigern. Dies nicht nur gegenüber dem Ausreisser 2015, sondern auch gegenüber dem Spitzenjahr von 2007. Sprich: Viele Wähler\*innen haben eine der ALG-Listen unverändert eingeworfen. Der Anteil der Stimmen von fremden Wahllisten für die ALG ist vergleichbar mit anderen Parteien. Als Fazit kann also gesagt werden, dass das Ergebnis der ALG nicht nur darauf zurückzuführen ist, dass Grüne neu oder wieder mobilisiert werden konnten, sondern dass auch grüne Kandidierende auf «fremde» Listen geschrieben wurden. ■





Der Wahlsonntag wird zur Wahlfreudenfeier!



Die ersten Gratulantinnen für die frisch gebackene Nationalrätin.



Alle Kandidierenden – sie haben zu diesem historischen Augenblick beigetragen. Danke euch allen!



Die Wahlergebnisse werden genau studiert.



M. Knobel vom Sekretariat und K. Franzini der Jungen Alternativen.

**Tabelle 1: Ergebnisse Nationalratswahlen 2003–2019**

	2003		2007		2011		2015		2019	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
ALG	14095	13,6	18285	17,0	17972	15,4	8352	7,2	22597	19,2
CVP	23730	22,9	25074	23,3	28413	24,3	30856	26,4	27946	23,8
FDP	23179	22,4	23132	21,5	22494	19,2	20584	17,6	17247	14,7
glp					7943	6,8	4187	3,6	6505	5,5
SP	13929	13,4	9 763	9,1	6167	5,3	16048	13,8	10982	9,4
SVP	28715	27,7	31288	29,1	33116	28,3	35543	30,5	31271	26,6

2011 hat die CSP einen Anteil von 0.7% gemacht, der faktisch der ALG zugerechnet werden kann.

**Tabelle 2: Stimmen von unveränderten Listen und Anteil an allen Stimmen 2003–2019**

	2003		2007		2011		2015		2019	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
ALG	5472	38,8	6579	36,0	6876	38,3	2 886	34,6	6618	29,3
CVP	6768	28,5	8367	33,4	9531	33,5	6747	21,9	6054	21,7
FDP	8130	35,1	7035	30,4	6807	30,3	5118	24,9	4758	27,6
SP	5445	39,1	4566	46,7	3555	57,6	4539	28,3	3009	27,4
SVP	13413	46,7	14766	47,2	17235	52,0	14445	40,6	11184	35,8

# Erfolgreiche Jungpartei

Vivienne Hanke, Vorstandsmitglied Junge Alternative Zug

**6 Die vergangenen Monate waren für uns, wie auch für alle anderen Parteien, eine intensive und wichtige Zeit. Am 20. Oktober wurde in der Schweiz der National- und Ständerat neu gewählt und auch die Junge Alternative Zug hat mit einer eigenen Nationalratsliste drei Kandidat\*innen aufgestellt.**

Jede\*r von uns war, zumindest passiv, vom Wahlkampf betroffen. Die einen waren aktiv auf der Strasse und haben geholfen, Flyer zu verteilen, haben Postkarten geschrieben, beim Zusammenstellen der Plakatständer oder andersweitig geholfen. Sicher allen sind die Plakate neben der Strasse und die Inserate in der Zeitung aufgefallen.

Die Jungen Alternativen hatten im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien nicht nur die klassischen Köpfe, sondern auch die coolen «dini Mueter wählt Junge Alternative»-Plakate. Diese sind nicht nur mit unserer Erde, die wir unbedingt beschützen müssen, sondern auch mit ihrer Form aus der Masse herausgestochen. Sie waren nämlich dem Schriftzug und der Erdkugel entlanggeschnitten.

Im April haben wir uns im Wahlausschuss der Jungen Alternative das erste Mal für eine Sitzung getroffen. Dort haben wir zum einen gemeinsam «gebrainstormed»: Wie viele und was für Flyer wollen wir drucken lassen, was wollen wir für Plakate haben, welche Give-aways wollen wir verteilen etc. Zum andern kam natürlich auch die Frage auf, wie wir uns von den anderen Parteien abheben können. Ebenfalls haben wir beschlossen, Wahlvideos zu drehen. Um Ideen zu finden, haben wir uns Ende Juni getroffen. Die fast wichtigste Frage am Ganzen war, wie wir all unsere Ideen finanzieren können.

## **Crowdfunding**

Nach dem Wahl-Kick-off, der gemeinsam mit der ALG am 16. August war, haben wir am 30. August unsere Kandidat\*innen an unserer Mitgliederversammlung nominiert.

Nachdem unsere Fragen bezüglich Flyern, Plakaten und Videodreh geklärt wurden, stellte sich eine gute Frage: Wo wollen wir das Geld aufreiben, um unseren Wahlkampf zu finanzieren? So haben wir beschlossen, ein Crowdfunding zu starten. Wir haben ein kurzes Video gedreht, um zum Ausdruck zu bringen, wieso es wichtig ist, junge Personen zu wählen, und dass wir jungen Leute auch eine Meinung haben, die gehört werden muss, aber mit der damaligen parlamentarischen Zusammensetzung zu wenig gehört wird! Auch gab es für jene, die uns mit einer Spende unterstützt hatten, ein kleines Dankeschön. Unser Crowdfunding hat sich Gehör verschafft, denn so haben wir knapp 2000 Franken eingenommen. Ein toller anderer Event, welcher nicht zu unserem offiziellen Wahlkampf gehörte, war unsere 10-Jahre Junge-Alternative-Jubiläumsparty, welche wir am 28. September gefeiert haben. Dank dieser haben wir auch mehr Aufmerksamkeit gekriegt und konnten uns bei den Jugendlichen hier in Zug bekannter machen. Nebst super Acts wie Fratelli-B und dem parteieigenen Rapper OG Florin durften wir über 150 Menschen an unserer Party begrüßen.

Wir haben zusammen mit der ALG unsere Plakate und Plakatständer gebaut. Wir konnten innerhalb eines Tages über 120 Plakate produzieren! Da unsere «dini Mueter wählt Junge Alternative»-Plakate jahresunabhängig und nicht personengebunden sind, werden sie wahrscheinlich in vier Jahren wieder zu sehen sein. Unsere Wahlvideos wurden an verschiedenen Events, wie beispielsweise am Klimastreik und Frauen\*streik gefilmt.

## **Wahlziel erreicht**

Wir haben uns vor den Wahlen das Ziel gesteckt, die stärkste Jungpartei im Kanton Zug zu werden. Das haben wir geschafft. Wir haben 1,7 Prozent Wähler\*innenanteil erreicht. Aber nicht nur kantonal, sondern auch national konnten die Jungen Grünen punkten. Die Jungen Grünen sind schweizweit die stärkste Jungpartei und auch die Grüne Fraktion insgesamt hat bei diesen Wahlen deutlich zugelegt. Ebenfalls dürfen wir weiter einen riesigen Mitgliederzuwachs verbuchen!

Wir freuen uns sehr, dass wir so gute Wähler\*innenanteile erreicht haben und schauen mit Freude in die Zukunft. Aber an Ausruhen ist noch lange nicht zu denken, denn nach den Wahlen ist vor den Wahlen und wir kämpfen weiterhin für eine andere und bessere Welt.

## **Transparenz jetzt**

Zum Beispiel hat die Junge Alternative Ende September die Transparenzinitiative lanciert. Wir wollen, dass grosse Spenden von Parteien offengelegt werden, damit die Bevölkerung auch weiss, woher das viele Geld stammt, welches in die Wahlen gesteckt wird. So hat man die Möglichkeit, von allen Parteien zu sehen, welche Firmen, welche Interessensgemeinschaften oder bei sehr hohen Beträgen auch, welche Privatpersonen Geld geben. Uns ist eine transparente Wahlfinanzierung wichtig, denn es hat sich bei den vergangenen Wahlen gezeigt, dass nur die ALG (KR 2018) und jetzt diesen Herbst 2019 die ALG, JA und JGLP ihr Budget offengelegt haben. Mit der Transparenzinitiative wäre dies nicht mehr der Fall. ■





Das Plakat überzeugte mit Aussage, Witz und Form.



ALG, die Jungen Alternativen und die Jungen Grünliberalen gingen mit gutem Beispiel voran und legten ihr Wahlbudget offen.



Am Sponsor\*innenlauf kennt die Unterstützung keine Alterslimite!



Da sind sie, die strahlenden Sieger\*innen. Die erfolgreichste Jungpartei des Kantons Zug.



Am Wahlsonntag. Gespannt warten alle auf die Resultate.

# Ein Spitzenplatz

Josef Lang

## 8 Die Zuger Alternativen – die Grünen schafften mit 19,2 Prozent ein grünes Spitzenergebnis. Zufall?

Die Schweizer Grünen sind die grossen Wahlsieger von 2019 mit 13,2 Prozent. Dass die Zuger Alternativ-Grünen gleichzeitig auf 19,2 Prozent kommen, entspricht einem Vorsprung, den es seit 1991 gibt. Damals machte die Grüne Partei Schweiz (GPS) 6,1 Prozent, die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) Zug 10,1 Prozent. Vier Jahre zuvor hatte die GPS 4,9 Prozent, das alternative Grüne Bündnis Schweiz (GBS) 4,0 Prozent gemacht. Da die Grünalternativen keine eigene Fraktion zustande brachten, sind zwischen 1988 und 1991 die meisten GBS-Sektionen der GPS beigetreten. Die SGA hatte 1987 mit 7,8 Prozent etwas weniger als die GPS und das GBS zusammen gemacht.

Wie erklärt es sich, dass wir Zuger Linksalternativen 1991 plötzlich so viel stärker waren als die Schweizer Grünen? Wie erklärt es sich weiter, dass dieser Unterschied 1995 noch grösser wurde? Während die GPS auf 5 Prozent zurückfiel, steigerte sich die SGA auf 10,4 Prozent.

### 2019 ähnelt 1991

1991 war ein Jahr, das vieles gemeinsam hat mit 2019. Es gab einen Frauenstreik und zusätzlich starke Bewegungen für den Zivildienst und gegen Waffenplätze. Zudem jagte 1988 bis 1991 ein Politskandal den anderen. Die Zuger Alternativen waren engstens mit der feministischen und der antimilitarischen Bewegung verbunden und nahmen in den Fichen- und P26-Affairen lautstark Stellung. So konnten wir das damalige Potenzial abschöpfen. In der GPS hingegen standen ein wichtiger Teil der Parteiführung und einige Sektionen einer GSoA fremd bis feindlich gegenüber, die von 78 Prozent der Parteibasis unterstützt wurde. Die Gründungssektionen (VD, GE, ZH) haben 1991 sogar Stimmen verloren.

Die GPS verdankte damals den kleinen Fortschritt den neuen Sektionen, die alternativer, feministischer und pazifistischer waren. So machte das GSoA-nahe Grüne Bündnis Luzern 9,3 Prozent und holte mit Cécile Bühlmann einen Sitz.



BULLETIN-Cover aus dem Jahre 2003 – FRIEDEN.

Was den Absturz der Grünen 1995 betrifft, wird dieser meist mit deren EWR-Nein 1992 erklärt. Aber die SGA hatte – mit meiner Mitschuld – dieselbe Dummheit begangen. Wir holten trotz dieses Fehlers 10,4 Prozent der Stimmen, weil wir auf der damals brisanten sozialen Frage stark waren und – trotz Regierungsbeteiligung seit 1990 – ein oppositionelles Profil bewahrten. Die SP selber schaffte 17 Prozent und holte mit Armin Jans den Sitz. 1999 machten die SGA und die Frische Brise Steinhausen auf Wunsch der SP mit ihr eine gemeinsame Liste, was sich nicht bewährte. Die GPS selber stagnierte bei 5 Prozent.

### 2003 und 2007: Green and Peace

2003 stiegen die Schweizer Grünen vor dem Hintergrund eines Hitzesommers und dank ihrer Verbundenheit mit der Antikriegsbewegung auf 7,4 Prozent. Wir Zuger Alternativen, die seit 1990 eine gemeinsame Fraktion bildeten, holten mit 13,6 Prozent den linken Sitz. Nach dem organisatorischen Zusammenschluss aller Gruppierungen schlossen wir uns 2007 der GPS an – mit dem Namen: Alternative – die Grünen Zug.

2007 schafften die linker gewordenen Schweizer Grünen 9,8 Prozent – auf Kosten der SP. Die auffälligste Differenz der GPS zur Sozialdemokratie war die Ablehnung militärischer Auslandseinsätze. Die Zuger Alternativen realisierten das beste Resultat, das je eine Grüne Kantonalpartei gemacht hatte: 17 Prozent. Selbst 2011, als der linke Sitz wegen des Absturzes der SP auf 5,3 Prozent verloren ging, machte die Alternative-die Grünen (samt CSP) mit 16,1 Prozent doppelt so viele Stimmen wie die Schweizer Grünen (8,4 Prozent). 2015 war kantonal ein Sonderfall und national verpassten wir es, uns als humanistische Alternative zur SVP zu profilieren.

Häufig wird gesagt, unsere Stärke habe mit der Schwäche der SP zu tun. Aber das ist erst seit 2003 der Fall. Die Zuger Alternativ-Grünen samt den seit 2007 assoziierten Christlichsozialen sind stark, weil sie thematisch breit aufgestellt sind, ein oppositionelles Profil haben und bewegungsnah politisieren. ■

### BULLETIN-Archiv

Im Archiv finden Sie alternative BULLETINS der letzten 27 Jahre. Die älteste grüne Publikation der Schweiz ist unter [gruene-zug.ch/bulletin/bulletin/archiv/](http://gruene-zug.ch/bulletin/bulletin/archiv/) abrufbar. Es lohnt sich!



# Historische Wahl

Manuela Weichelt-Picard

**Zug hat die erste Frau nach Bern gewählt. Mit der Wahl der ersten Zuger Nationalrätin kann der Kanton Zug nach 54 Männerwahlen endlich von der schwarzen Liste gestrichen werden. Es ist mir eine grosse Ehre, dieses Amt als erste Frau auszuüben und Geschichte zu schreiben.**

Noch nie habe ich so viel Freude in der Bevölkerung gesehen und gespürt. Kürzlich haben mir drei Frauen über ein Doppelgeleis gerufen: «Frau Weichelt, wir gratulieren Ihnen, wir haben so Freude.» Der Mann mit je einem Kind an der Hand stimmt zu und strahlt vor Freude. Ein andermal hielt ein Auto an und es ertönt aus dem Fenster: «Frau Weichelt, ich gratuliere Ihnen», und so weiter. Die Bevölkerung zeigt mir auch nach Wochen noch die Freude auf der Strasse. Die Gratulationen und Einladungen füllen seit dem ersten Tag den Briefkasten.

Die erste Fraktionssitzung im November war überwältigend. Ein grosser Raum im Bundeshaus musste her, um die 35-köpfige Fraktion aufzunehmen. Die Stimmung war super. Alle haben in ihren Kantonen gekämpft und dürfen nun zusammen für die Ziele der Grünen arbeiten. Meine Verbindung in die SP-Fraktion wird durch meine Freundin Sandra Locher Benguerel aus dem Kanton Graubünden noch stärker. Was wir uns vor 20 Jahren erträumt haben, wird nun wahr. Wir steigen zusammen in Bern aus und treten ins Bundeshaus ein.

## Session

Wenn Sie dieses BULLETIN in den Händen halten, wird ein grosser Teil der Session bereits Geschichte sein. Wohl damit es den ParlamentarierInnen in Bern nicht «langweilig» wird, werden wir mit 90 bis 110 Einladungen beglückt. Es gibt nichts, was es nicht gibt. Einiges möchte ich Ihnen nicht vorenthalten:

Am Tage nach der Vereidigung heisst die Qual der Wahl: Welche Frühstückseinladung soll ich denn annehmen? Die Ratspräsidien laden zum Frühstück im «Bernerhof» ein. Da ist aber auch noch der Schweizerische Ingeni-

eur- und Architektenverein (SIA), der ebenfalls zu dieser Zeit beim Frühstück im Bundeshaus aufzeigen will, wie man den bestehenden Gebäudepark klimaoptimal verbessern kann. Ferner die Einladung im Hotel Bellevue zum Schokoladenfrühstück von Chocosuisse. Dank der FMH könnte ich



Die erste Zuger Nationalrätin steht am Wahltag Rede und Antwort.

aber gleichzeitig auch eine kostenlose Grippeimpfung und neuerdings noch eine Zeckenimpfung am Bärenplatz geniessen. Nebenwirkungen fallen natürlich unter Selbstverantwortung...

Vor lauter Einladungen muss ich das Sessionsprogramm richtig suchen. Es geht immerhin um das Bevölkerungswachstum und Zivildienstgesetz, das Raumplanungsgesetz und das Budget 2020.

Interessante oder merkwürdige Arrangements finden sich überall: Der CEO von Davidoff wird eingeladen, um mit den Räten den wirksamen Jugendschutz zu diskutieren. Das Angebot, im Cigar Club noch eine Zigarre zu rauchen, gehört dazu. Die parlamentarische Gruppe Schweiz-Afrika erörtert mit dem Verband der Schweizer Rohstoffhändler die Herausforde-

rungen bezüglich Nachhaltigkeit und Menschenrechte. Interpharma, die den Roche-CEO den Fragen von Katia Ginetetta aussetzt und zu guter Letzt der Anlass «Werbung für Werbung», der Goldbach Group AG, welche den ParlamentarierInnen wieder einmal die Werbefreiheit in Erinnerung rufen möchte. Der landwirtschaftliche Klub der Bundesversammlung, dem bis zu 100 ParlamentarierInnen angehören sollen – wie sie schreiben –, liegt die Beitrittserklärung gleich bei. Jetzt ist auch klar, wo die Landwirtschafts-

politik entschieden wird. Ich nehme an, dass die BiobäuerInnen dort fehlen. Das Sessionsprogramm des Schweizerischen Baumeisterverbandes, für alle ParlamentarierInnen, die nicht selbst denken können, führt durch die Abstimmungen. Uff... Economiesuisse schreibt mich als Kantonsrätin an... Was ist denn da passiert? Wir können nur hoffen, dass der Verband in Wirtschaftsfragen etwas besser Bescheid weiss!?

Ich dachte, vom Volk gewählt werden zu sein um zu politisieren und nicht um einen Event am anderen zu besuchen. Zum Glück gibts zum Abschluss noch die Einladung zum Sessionstheater, bei dem ein Stand-up Comedian die Session noch satirisch nachbereitet. ■

# 600 Millionen Überschuss

Andreas Hürlimann und Luzian Franzini, Kantonsräte ALG

10

**Dem Kanton Zug geht es nach wenigen mageren Jahren wieder sehr gut. Zwischen 2021 und 2023 soll gesamthaft ein Überschuss von 600 Millionen Franken resultieren. Die Sparhysterie der letzten Jahre war massiv übertrieben. Es ist Zeit, das Sparkorsett zu lockern und die nötigen Investitionen in die Zukunft zu tätigen.**

Was die Alternativen – die Grünen bereits während all der Spardebatten der vergangenen Jahre immer wieder betont hatten, ist nun eingetroffen. Das nötige Geld ist vorhanden, Sparübungen im vom Kanton Zug praktizierten Ausmass machen keinen Sinn. Die Welt ist im Wandel und steht vor grossen Herausforderungen: Dazu braucht es dringende Investitionen. Sei es in der Klimapolitik, der Mobilität oder bei der Chancengleichheit: Der Sparhammer der letzten Jahre hat viele Entwicklungsmöglichkeiten ausgebremst oder für die kommenden Jahre ganz abgewürgt. Nun gilt es, diese Bremse zu lösen, damit Verbesserungen endlich wieder möglich sind.

Mit diesen Aussichten muss nun nachhaltig in Leistungen für alle Zuger\*innen investiert werden. Auch wenn die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Einmalzulagen für das Personal und die Aufstockung der Prämienverbilligung zu begrüssen sind, braucht es viele weitere Massnahmen. Denn trotz dieser guten Aussichten will der Regierungsrat auf generelle Lohnerhöhungen verzichten. Dabei wären angesichts der teuren Lebenskosten und Krankenkassenkosten im Kanton Zug Lohnerhöhungen angebracht. Auch im Kanton Zug ist beispielweise das Studium immer noch eine Frage der finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Hier braucht es ein faires Stipendienwesen, welches auch berufliche Weiterbildungen für Menschen mit tiefem Budget ermöglicht.

## Schlusslicht Kanton Zug

Es sind nun also auch die Ressourcen vorhanden, damit auch der Kanton Zug seinen Beitrag für die Einhal-

tung des Pariser Klimaabkommens leisten kann. «Netto null» bis im Jahr 2050 heisst nämlich die vollständige Umstellung von Öl und Gas auf erneuerbare Energien. Doch um diese ökologische Transformation wirklich voranzutreiben, braucht es entsprechende finanzielle Anreize. Wie das aktuellste WWF-Rating zeigt, ist kein Kanton so geizig bei der Umweltpolitik wie der reiche Kanton Zug. Wir sind das Schlusslicht bei der Schaffung von finanziellen Anreizen für erneuerbare Energien und ökologische Sanierungen. Damit muss nun endlich Schluss sein.

Auch in der Mobilität ist der Kanton Zug noch weit davon entfernt, bis 2050 auf netto null zu kommen. Bei der Förderung des Langsamverkehrs können wir uns an Erfolgen in Skandinavien orientieren. Wie wir dies mit unserer Velonetzinitiative fordern, braucht es ein Velonetzsystem von den Berggemeinden bis nach Ennetsee. Mit dem Eigenkapital von 1,3 Milliarden, welches laut Finanzplan bis im Jahr 2023 angespart sein wird, könnte auch das Wohnungsproblem endlich gelöst werden. Indem der gemeinnützige Wohnungsbau und Genossenschaften gefördert werden, könnten wir dafür sorgen, dass sich Mittelstandsfamilien und Búezer das Leben im Kanton wieder leisten können. Von der guten Durchmischung profitieren schlussendlich alle.

Vergessen dürfen wir auch nicht, woher dieser vermeintliche Geldsegen kommt. Zug als globale Tiefsteuerdumper profitierte in den letzten Jahren massiv von Steuervermeidungsinstrumenten. Mit der STAF wurden einige dieser Werkzeuge durch neue ersetzt. Wie die Grünen im Abstimmungskampf zum AHV-STAF Deal

im Mai prophezeit haben, sind diese Instrumente bereits jetzt teilweise wieder geächtet. Die OECD arbeitet auf grundlegende Veränderungen bei der Besteuerung hin, welche auch den Kanton Zug zu einer fairen Steuerpolitik «zwingen» werden. Hier müssen wir mit Weitsicht handeln und eine robuste Wirtschaft fördern, welche sich nicht primär an den Steueroptimierungsmöglichkeiten orientiert. Viele weitere Faktoren sind wichtig für eine Standortwahl. Und nicht zuletzt geht es um eine gesamthafte Entwicklung unserer Gesellschaft, nicht nur um Wirtschaftsförderung.



«Blick-Online» vom 11.10.2019.

## Ein «Problem» für Zug: Negativzinsen

Schon in den Jahren der grossen Spardebatten war immer wieder von der Bewirtschaftung des Eigenkapitals des Kantons Zug die Rede. Denn seit der Einführung von Negativzinsen rentieren eher Schulden, während grosse Vermögen – wie der Kanton Zug sie hat – gar Verluste mit sich bringen könnten. Doch der Kanton Zug leistet grossen Effort: Im letzten Jahr verdiente Zug mit dem Anlegen von Vermögen und der Aufnahme von Krediten dank Negativzinsen über 700 000 Franken, dieses Jahr sollen es gar 1,7 Millionen sein. Aber auch sonst wird der Kanton Zug kreativ, um Gelder rascher loszuwerden und nicht mit Negativzinsen belastet zu bekommen. Wie die Schlagzeile im «Blick-Online» vom 11.10.2019 zeigt: «Kanton Zug zahlt Weihnachtssboni lange vor dem Fest».



### Finanzplanspiele zur Rechtfertigung von Sparmassnahmen

Es ist noch nicht lange her, da haben alle vom Regierungsrat berechneten Szenarien massiv schlechtere Zahlen bei anstehenden Jahren prognostiziert. So zeigt Abbildung 2, aus der Vorlage zu Finanzen 2019 die Erwartungen des Regierungsrates zur Verdeutlichung der Sparmassnahmen. Vor allem den bürgerlichen Politiker\*innen ist dies massiv «eingefahren» und man hat ohne kritische Prüfung den meisten Abbaumassnahmen fast diskussionslos zugestimmt. Und dies obwohl der Kanton Zug in jedem Stadium noch massiv Gelder «auf der hohen Kante» hatte.

Nun, die Zeiten ändern sich sehr schnell. Plötzlich kann ein umtriebiger Finanzdirektor die Finanzlage massiv verbessern und die Sachlage erscheint innert weniger Monate massiv anders. Die Rechnung 2018 hatte bereits mit einem massiven Überschuss abgeschlossen. Die Rechnung 2019 erwartet man wohl auch im dreistelligen Millionenbereich besser als budgetiert und die Planzahlen sind so gut oder sogar noch besser wie in den Zeiten der grössten Überschüsse der Jahre vor den Sparpaketen. Und dennoch diskutieren wir im Budget 2020 nach wie vor Abbaumassnahmen aufgrund des Sparpaketes Finanzen 2019. Gleichzeitig werden aber bereits wieder rechtsbürgerliche Stimmen laut, welche lauthals Steuersenkungen fordern. Gleichzeitig Abbau betreiben (beispielsweise im Bereich der Bud-

getberatung, der Jugendförderung oder bei den Schulen) und bereits wieder an der Steuerspirale nach unten drehen. Das geht nicht auf! Wir wollen eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, welche sich am langfristigen Wohl der Gesellschaft orientiert. Abbaumassnahmen auf dem Buckel der Schwachen lehnen wir kategorisch ab. Bei solchen Budget- und Finanzplanzahlen erst recht. Zug hat mehr verdient als die kurzfristige Finanzpolitik der letzten Jahre. ■

1) [wwf.ch/sites/default/files/doc-2019-08/2019-08-Bericht-Kantonsrating-Gebaeude-Klimapolitik.pdf](http://wwf.ch/sites/default/files/doc-2019-08/2019-08-Bericht-Kantonsrating-Gebaeude-Klimapolitik.pdf)

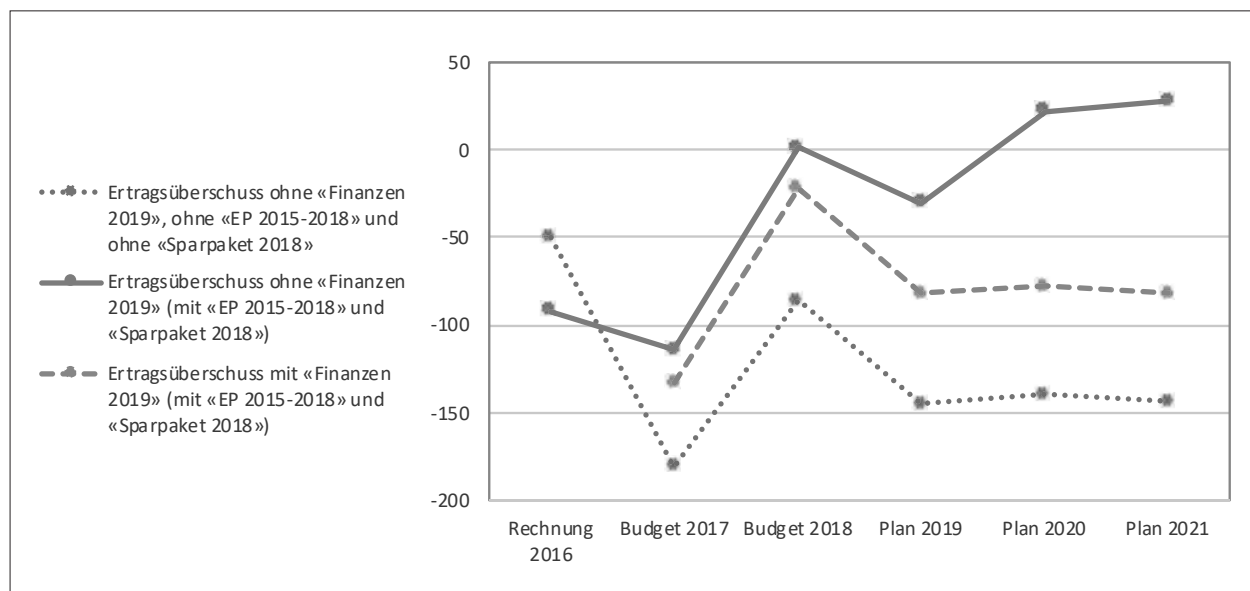


Abbildung 1: Finanzplanzahlen gemäss Bericht und Antrag Budget 2020 der Zuger Regierung (wobei bereits früh im 2019 klar war, dass das Budget von eine Minus ins Plus wechseln wird).

Mehrjahresbetrachtung in Mio. Franken	Rechnung 2016	Rechnung 2017	Rechnung 2018	Budget 2019	Budget 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
<b>Ergebnis Erfolgsrechnung</b>	-92,1	-45,4	149,2	-29,5	148,7	123,2	161,5	165,9
<b>Kumuliertes Ergebnis über acht Jahre</b>					581,5			

Abbildung 2: Finanzplanzahlen gemäss Bericht und Antrag «Finanzen 2019» der Zuger Regierung.



# Wem nützt Gentechnik?

Paul Scherer, Geschäftsleiter SAG Schweizer Allianz Gentechfrei

12

**Wie vor 30 Jahren, als die Gentechnik der ersten Generation aufkam, werden die neuen Gentechnikverfahren heute erneut als Wundermittel gegen all die Krankheiten unseres heutigen Land- und Ernährungssystems hochstilisiert und dies mit denselben Argumenten.**

Die Grüne Revolution, wie der Umbau der Landwirtschaft durch Technologie, Chemie und billige Energie ab 1960 auch bezeichnet wird, hat es ermöglicht, die Erträge deutlich zu steigern – vor allem in weniger entwickelten Ländern. Die Kosten sind jedoch hoch: Verlust der Biodiversität, Versalzung der Böden, Bodensterilisation, Schädigung der Ökosysteme durch Pestizide und Düngemittel, Treibhausgase, Verringerung der Ernährungsqualität, Pestizidrückstände, erhöhte Abhängigkeit der Landwirte von den Produkten der agrochemischen Multis. Der 2009 erschienene Weltagrarbericht erachtet daher einen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft als dringend notwendig.

Die Gentechnik bedeutet die Fortsetzung des Konzepts der Grünen Revolution. Noch produktiver und noch intensiver! Doch dieses Produktionsmodell verstärkt die negativen Umwelteffekte, und die Defizite solcher Agrarsysteme treten noch deutlicher zu Tage. Über 90 Prozent der heute weltweit angebaute gentechnisch veränderten Pflanzen wurden im Labor so verändert, dass sie entweder selber ein Gift gegen Insekten produzieren (sogenannte Bt-Pflanzen) oder sie sind resistent gegen Herbizide. Sie wurden für die Bedürfnisse einer industriellen Landwirtschaft in gemässigten Zonen entwickelt. Damit wurde ein von Pestiziden abhängiger Anbau etabliert und deren Rückstände sind allgegenwärtig – in den Böden, den Gewässern und gar im Grundwasser.

## Hunger und Mangelernährung

Gentechnologie soll den Hunger in der Welt besiegen. Doch dass Menschen an Hunger leiden, ist nicht auf

einen Mangel an Lebensmitteln zurückzuführen. Gemäss der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, produzieren wir bereits heute die Nahrung, die wir weltweit benötigen, und könnten mit konventionellen landwirtschaftlichen Anbaumethoden sogar 12 Milliarden Menschen ernähren. Das Problem ist, dass die Armen weder über genügend Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln, noch über genügend Land für den Eigenanbau verfügen. Hunger ist ein soziales, politisches und ökonomisches Problem, das nicht mit Gentechnik bekämpft werden kann. Bei der Diskussion zu Mangelernährung taucht – wie ein Gespenst – auch immer wieder der Golden Rice auf, mit dem der verbreitete Vitamin-A-Mangel behoben werden soll. Die Forschungsarbeiten dazu begannen bereits im Jahr 1982 und verschlangen Millionenbeträge. Trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, eine anbaufähige Sorte zu entwickeln.

Die indische Wissenschaftlerin und Trägerin des alternativen Nobelpreises Vandana Shiva kritisiert den Ansatz, mit einem gentechnisch veränderten Reis den Vitamin-A-Mangel anzugehen. Die Ursachen für Mangelernährung seien vor allem im heutigen überholten und destruktiven Nahrungs- und Agrarsystem zu suchen. Der einseitige Fokus auf Ertragssteigerung habe dazu geführt, dass sich die menschliche Ernährung von einer Vielfalt mit rund 8500 Arten auf lediglich 8 kohlenhydratreiche Nahrungspflanzen reduziert habe. Der Vitamin-A-Mangel (wie auch Mangel an Vitamin C, D und an einer Reihe von Spurenelementen) sei eine direkte Folge der Fehlernährung, die durch weissen, polierten

Reis begünstigt werde. Im Zuge der Grünen Revolution wurden immer grössere Flächen für den Reisanbau verwendet. Vitaminreiche Nahrungsmittel wie Gemüse, Obst oder tierische Produkte wurden immer weniger produziert.

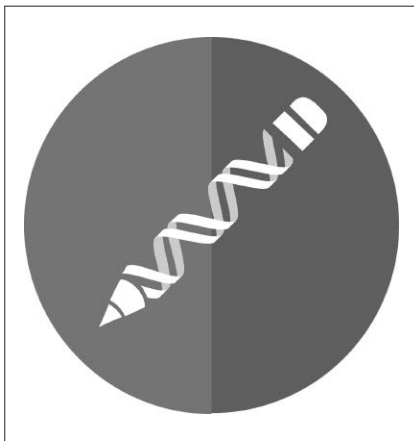
Den grösseren Erfolg als Investitionen in Technologie bei der Bekämpfung der Mangelernährung zeitigen Beratungsprogramme für Bäuerinnen. Denn oft fehlt das nötige Wissen, welche Nahrungsmittel billig und reich an Vitamin A sind. Masipag, eine philippinische NGO aus Farmern und Wissenschaftlern, bezeichnete den Golden Rice als «Trojanisches Pferd» der Agrarindustrie, um ihre patentierten gentechnisch veränderten Pflanzen einzuschleusen und die Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion zu übernehmen. Viele Bäuerinnen und Bauern in Indien, Indonesien und Bangladesch teilen diese Ängste.

## Gentechnik der zweiten Generation

95 Prozent aller transgenen Pflanzen werden in Nord- und Südamerika und in Indien angebaut. Es handelt sich um transgene (trans = jenseits) Pflanzen, denen Gene von artfremden Organismen übertragen wurden. Der Ort des Einbaus der neuen Genkonstrukte konnte nicht kontrolliert werden, was zu ungewollten Nebeneffekten führen kann. Mit den neuen gentechnischen Verfahren soll dies verhindert werden. Wortschöpfungen wie Genome Editing (übersetzt ungefähr: «gezieltes Umschreiben von Genomen») suggerieren einen sanfteren Eingriff. Das Reizwort Gentechnik wird geflissentlich vermieden.

Mit dem Begriff Genome Editing werden verschiedene molekularbiologische Verfahren bezeichnet. Gemeinsam ist diesen Techniken, dass die DNA im Labor an einer bestimmten Stelle mit einer molekularen Schere durchgeschnitten wird. Die bekannteste dieser Scheren ist





Genome Editing: gezieltes Umschreiben von Genomen ist auch Gentech.  
(Bild: needpix.com)

CRISPR/Cas. Von Interesse ist vor allem ihre Fähigkeit, in der DNA an einem genau definierten Ort einen Doppelstrangbruch, eine kritische Beschädigung der DNA, auszulösen. Dieser Schnitt setzt sofort zelleigene Reparaturmechanismen in Gang und wird dazu verwendet, Mutationen in der DNA zu erzeugen und so neue Eigenschaften zu generieren.

#### **Kleine Veränderungen mit gravierenden Folgen**

Besonders hervorgehoben wird, die Genschere sei sehr präzise und es werde keine artfremde DNA eingeführt. Doch die angebliche Sicherheit der neuen Gentechnikverfahren ist eine bloße Behauptung und nicht durch systematische Studien belegt. Es fehlt das Erfahrungswissen. Zu bedenken ist auch, dass selbst kleinste Mutationen, wie sie durch solche Eingriffe ausgelöst werden können, gravierende Auswirkungen haben. Die Hämophilie A (Bluterkrankheit) beispielsweise beruht auf einer einzigen Mutation in einem Gen.

#### **Anwendungsbereiche der neuen Gentechnikverfahren**

Den Behörden stellt sich die Frage, wie diese neuen gentechnischen Verfahren reguliert werden sollen.

Die Schweiz und die EU kennen das gesetzlich verankerte Vorsorgeprinzip. Will man diesem Folge leisten, ist es unerlässlich, dass die neuen Gentechnikverfahren und deren Produkte als Gentechnik eingestuft und dem Gentechnikgesetz unterstellt werden.

Der Europäische Gerichtshof EuGH hat im Juli 2018 zu dieser Frage ein Leiturteil gefällt, das auch für die Schweiz wegweisend sein wird. Organismen, deren Erbgut mit neuen gentechnischen Verfahren manipuliert wurden, sind dem Gentechnikrecht zu unterstellen. Auch die Petition «Neue Gentechnikverfahren dem Gentechnikgesetz unterstellen» fordert eine strenge Regulierung. 30 000 Personen haben die von der Kleinbauern-Vereinigung und der Schweizer Allianz Gentechfrei SAG lancierte Petition unterschrieben. Denn wenn die neuen Verfahren nicht als Gentechnik eingestuft werden, könnten auf diese Weise hergestellte Pflanzen oder Tiere als Produkte unbemerkt auf unseren Tellern landen – ohne Deklaration und ohne vorgängige Risikobewertung.

Es erstaunt kaum, dass die Agrarindustrie keine Freude am EuGH-Urteil hat. Die Industrie und die mit dieser verbandelte Wissenschaft lobbyieren weltweit für eine schwache Regulierung der neuen gentechnischen Verfahren. Die führenden Agrarmultis dürften erste mit Genom-Editierung hergestellte Pflanzen und bald auch Tiere in den nächsten Jahren lancieren. Sollten sie mit der Forderung durchdringen, dass gentechnisch veränderte Lebewesen ohne artfremde DNA nicht als GVO zu betrachten seien, besteht die Gefahr, dass künftig unzureichend getestete geneditierte Organismen in die Lebensmittelkette gelangen. Dies hätte zur Folge, dass auch in der Schweiz die Wahlfreiheit für Landwirte und Konsumierende nicht mehr gewährleistet wäre. ■

### **Schweizer Allianz Gentechfrei (SAG)**

Die Organisation versteht sich als kritisches Forum zu Fragen der Gentechnologie. Die SAG wirkt als Dachorganisation von rund 25 Schweizer Verbänden.  
Weitere Info: [gentechfrei.ch](http://gentechfrei.ch)

# Stasi im Kanton Zug

Josef Lang

14

**Während Zuger Bürgerliche mit der Stasi kollaborierten, haben die Zuger Alternativen sich mit deren Opfern solidarisiert.**

Die sehenswerte Ausstellung «Ernstfall! Die Schweiz im Kalten Krieg» ist ein guter Anlass, auf die Verlogenheit des Antikommunismus aufmerksam zu machen. Zuger Bürgerliche, unter ihnen ein CVP-Gemeinderat, ein Divisionsgerichtspräsident, der später von der CVP zur SVP wechselte, ein FDP-Kantonsrat, der auch noch militärischer Hauptmann war, hatten direkt oder indirekt mit der Stasibesorgungslinie 4 zu tun. Deren Hauptaufgabe war es, für die DDR-Diktatur High-tech-Geräte zu organisieren, die vor allem der Unterdrückung und Überwachung der Opposition dienten: Abhöranlagen, Überwachungskameras, Videomaterial, Funksprechanlagen, Datenverarbeitungstechnik.

## Stasi-Statthalter und Zuger Strohänner

Die Zentrale der in den frühen 1980er-Jahren von der Stasi eingerichteten Beschaffungslinie 4 war in Zug, zuerst an der Poststrasse 30, später an der Grabenstrasse 32 und an der Kirchenstrasse 4 – gleich neben der Burg. Der lokale Stasi-Statthalter war der Österreicher Michael Grossauer, der im November 1980 in die Schweiz gezogen war. Im Laufe der folgenden Jahre baute er ein ganzes Firmengeflecht auf, das die Umgehungsgeschäfte tätigte. Die beiden wichtigsten Firmendächer hiessen Allimex und Asada. Eine Briefkastenfirma hatte den Namen Semitec und war an der Neugasse 28 domiziliert. Die NZZ schrieb nach ihrer Einsicht in die Stasi-Archive: «Die DDR war bereit, beim Kauf schwer beschaffbarer Waren einen Risikoaufschlag von 40 Prozent zu zahlen.» (15.9.1992). Allerdings wäre Grossauers Imperium nicht funktionsfähig gewesen, hätte es sich nicht auf einflussreiche Schweizer Stroh- und Hintermänner

abstützen können. So diente der Militärrichter Ernst Brandenburg, der junge Militärverweigerer ins Gefängnis schickte, Grossauer als Urkundsperson und Asada-Verwaltungsrat. Urs Hausheer, der 1976 bis 1986 dem Grossen Gemeinderat angehörte, war ebenfalls Asada-Verwaltungsrat. Die Semitec war im Büro des späteren



Bloodhound-Rakete, die in Menzingen stand, innerhalb der Museums-Mauer. Hinter der Mauer die Stasibesorgungszentrale des Michael Grossauer.

Ständerats Rolf Schweiger domiziliert. Die freisinnige Grösse wird von Ricardo Tarli in seinem 2015 erschienenen Buch «Operationsgebiet Schweiz. Die dunklen Geschäfte der Stasi» (Orell Füssli) mit den Worten zitiert, dass «ich als Domizilhalter mit der Geschäftsführung nichts zu tun hatte». (S. 129)

Schweigers Beteuerung, dabei nur wenig Geld verdient zu haben, dürfte bei ihm zutreffen. Bei Brandenburg und Hausheer war das sicher nicht der Fall. Am meisten verdiente der im Zuger Establishment bestens assimilierte Stasi-Vertreter Grossauer.

Wie wir dank den damals öffentlichen Steuerregistern in Erfahrung brachten, hatte der BMW-Fahrer 1989/90 ein steuerbares Einkommen von 646 700 Franken und ein Vermögen von 3,4 Millionen Franken. Die Stasi selber hatte im Mai 1987 vermerkt, die Zuger Lieferlinie Allimex/Asada bleibe «auf lange Sicht kommerzieller Schwerpunkt» bei der Beschaffung von Embargowaren und sei bisher «ohne gleichwertige Alternative». (Tarli S. 92).

## Antikommunistisches Wasser und stalinistischer Wein

Die Alternative Zuger Linke, die – im Unterschied zu anderen Kantonen – geschlossen antistalinistisch war, war im Sommer 1988 – durch einen Zufall – auf die Zuger Stasi-Connections gestossen. Bereits in den Monaten und Jahren zuvor hatten wir uns mit der DDR-Opposition solidarisiert – in Wort und Tat. Dass aber Zug ein zentraler Aussenposten der Stasi-Abteilung «Kommerzielle Koordination» (KoKo) war, haben wir relativ spät erfahren: im Frühling 1988! Kurz nach unserer zufälligen Entdeckung



erschien in einem Münchner Verlag das Buch «Grenzenlose Geschäfte» von Egmont R. Koch, mit dem wir gleich Kontakt aufnahmen. In seiner Publikation mit dem Untertitel «Organisierte Wirtschaftskriminalität in Europa» erschien der Zuger Standort sehr prominent – nicht zuletzt dank den Stasi-Gesellschaften. Aber solange in Berlin die Mauer stand, stiessen wir mit unseren Hinweisen in Zug bei Behörden und Medien auf eine Mauer. Dabei trug eines unserer damaligen Flugblätter den ebenso schönen wie provokativen Titel: «Öffentlich predigen sie antikommunistisches Wasser, heimlich trinken sie stalinistischen Wein.»

Erst im Sommer 1990 erschienen die ersten Zeitungsartikel. Den grossen Durchbruch brachte dann im September 1992 eine Serie in der NZZ – aufgrund deren Einsichtnahme in die Stasi-Archive. Alle unsere Aussagen der Vorjahre wurden bestätigt und mit neuen Informationen angereichert. Gemeinsam mit Martin Stuber reichte ich im Stadtparlament eine Interpellation ein, was zu einer heftigen Debatte führte. Dabei projizierte Daniel Brunner britische Geheimdienststrecherchen über dubiose Firmen in Zug an die Leinwand: 50 dunkle Punkte kamen zum Vorschein. Der CVP-Stadtpräsident konterte Stubers Vergleich des uneinsichtigen Stadtrats mit den drei Affen: «Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen» mit dem Ausruf: «Sie sind ä fräche Siech!»

#### Von der Stasi zur Gazprom

2006 wurde Zug als ehemalige Stasi-Beschaffungsbastion wieder zu einem politischen Thema. In der Neuen «Zuger Zeitung» (5.7.2006) erschien auf der Titelseite ein Foto mit Gerhard Schröder und Matthias Warnig in flottem Marsch durch Zug. Während die Kanzlervergangenheit des «Verwaltungsratspräsidenten» der Gazprom-Firma North European Gas Pipeline (NEGP) bekannt war,

stand bei Warnig bloss: «Chef der Zuger NEGP Company». In einem Leserbrief, der unter dem Schröder/Warnig-Foto und dem Titel «Der Mann an Schröders Seite war Stasi-Offizier» drei Tage später erschien, erklärte ich, dass der DDR-Major Warnig in der KoKo die Nummer 2 gewesen war. Gleichzeitig machte ich darauf aufmerksam, dass dessen «neue Zuger Firma den gleichen lo-

Der von den Bürgerlichen zur Disziplinierung der Linken betriebene Antikommunismus war eine grosse Lüge. Wie es die heute widerlegte Behauptung von militärischen Angriffsplänen auf die Schweiz auch ist. Nicht zuletzt wegen dieser «Bedrohungslüge» wurden allein zwischen 1970 und 1990 10000 jugendliche Militärverweigerer ins Gefängnis gesteckt – unter anderem von einem



Diskussion über den Kalten Krieg im Gothischen Saal (von rechts nach links): Thomas Buomberger (Autor «Der Kalte Krieg in der Schweiz»), Josef Lang (Politiker und Historiker), Marco Sigg (Museumsdirektor und Moderator), Iwan Rickenbacher (ehemaliger Generalsekretär CVP Schweiz und militärischer Kommandant), Rudolf Jaun (Offizier und Militärgeschichtler).

kalen Strohmann eingesetzt hat, der vor zwei Jahrzehnten von Grossauer in Dienst genommen worden war». Alle verstanden, dass mit dem NEGP-Verwaltungsrat der ehemalige CVP-Politiker Urs Hausheer gemeint war. Die Stasi-Gasprom-Seilschaft hat damit zu tun, dass Wladimir Putin Warnig aus seiner DDR-Zeit als Offizier des sowjetischen Geheimdienstes kannte. Genau wie der Moskauer Putin blieb auch der Zuger Hausheer den Stasi-Kontakten verbunden. Der DDR-Geheimdienst war nicht der einzige, der mit dem Zuger Finanz- und Rohstoffplatz verbunden war. So pflegte die rumänische Securitate Geschäftsbeziehungen mit Marc Rich.

Stasi-Beschaffungsprofiteur aus Zug. Die beiden Schweizer Militärgeschichtler und Offiziere Hans-Rudolph Fuhrer und Matthias Wild schliessen ihr Buch «Alle roten Pfeile kamen aus dem Osten – zu Recht?» (Hier und Jetzt Verlag 2010, S. 546) mit dem Satz: «Zu untersuchen wäre auch hier, durch wen eine übersteigerte eidgenössische ‚Bedrohungslüge‘ zu verantworten ist.» ■

#### Ausstellung

[burgzug.ch/page/de/ausstellungen/vorschau](http://burgzug.ch/page/de/ausstellungen/vorschau)

# Alle aussteigen bitte

Hansruedi Küttel

16

**Die Schweizerische Energiestiftung SES hat unter dem Titel «FOSSIL PHASEOUT CONGRESS» im September den dringend nötigen Ausstieg aus der Verwendung fossiler Energieträger von interessanten Referentinnen und Referenten aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten lassen.**

Im Grusswort des Vertreters der Stadt Zürich beschrieb Stadtrat Andreas Hauri (glp) Ziele, angestossene Massnahmen und dringendste nächste Schritte mit Blick auf null CO<sub>2</sub> in 2030. Er verwies auf notwendige Aktivitäten in den Bereichen Bauvorschriften, Verkehrspolitik, erneuerbare Energien und Energiekonsum der Stadtverwaltung (Gebäude, Fahrzeugflotte usw.).

Die Historikerin Dr. Monika Gisler zeigte die Entwicklung des Energieverbrauchs sowie Szenarien für die Zukunft. Sie wies insbesondere darauf hin, dass sich die weltpolitische Ordnung im letzten Jahrhundert entlang der Produktions- und Verteilungslinien von Erdöl ausgerichtet hatte. Die aktuelle Verschiebung zu erneuerbaren Energien bringt zwar dezentrale Produktions- und Verteilungsstandorte, stellt uns aber vor neue Herausforderungen bei der Gewinnung der notwendigen mineralischen Rohstoffe. Entsteht hier ein weiteres Nord-Süd-Gefälle? Die Energiewende muss auch die geopolitischen Faktoren und die Energiegerechtigkeit berücksichtigen.

## Energieversorgung sicherstellen und Klimaziele erreichen

Die Ökonomin Dr. Cornelia Meyer stellte die Frage, ob und wie wir die Energieversorgung sicherstellen und gleichzeitig unsere Klimaziele erreichen können. Sie geht von steigender Weltbevölkerung und steigendem Energiebedarf aus. Zum Erreichen der Pariser Klimaziele müssen Technologie, Richtlinien und Investitionen eingesetzt werden. Das Wachstum des Energieverbrauchs muss gestoppt werden durch effizientere Anwendung und neue technologische Lösungen. Die Bereitstellung der Energie

muss weltweit CO<sub>2</sub>-frei werden, auch Stromerzeugung. Bei allen Massnahmen ist auf die Armutsfalle zu achten, Veränderungen dürfen nicht Bevölkerungsgruppen benachteiligen oder ausschliessen. Die Kosten und die Umweltfolgen sind über die gesamte Lebensdauer der Systeme zu beachten (nicht nur für AKW). Ihre Zusammenfassung lautet: Das Erreichen der Pariser Klimaziele wird auf alle Aspekte unserer Lebensweise Einfluss haben. Um diese globale Aufgabe zu lösen, braucht es ein achtsames Vorgehen und massive Investitionen. Wir sind erst am Anfang, es gibt noch viel zu tun. Die Tendenz heute ist erfreulich, aber nicht genügend. Unser Effort ist nicht die Lösung, aber ein Beispiel!

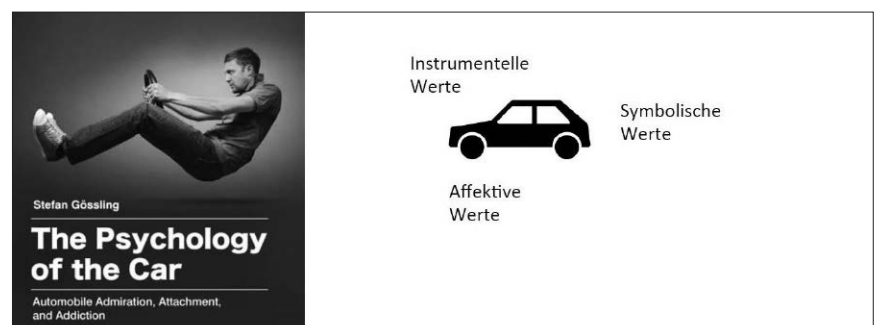
## Wege aus dem Fossilozän

Der Soziologe und Publizist Prof. Dr. Harald Welzer schoss in seinem fulminanten Referat Giftpfeile in alle Richtungen. Leider sind weder eine Videoaufnahme noch ein Referatstext freigegeben worden (s. Kasten, Buch) und zum Mitschreiben war er viel zu schnell. Hier also nur ein paar Müsterchen: Der Konsum steigt trotz guter Vorsätze – Tesla ist das Methadon der Autofahrer – Stretch Goals sind nicht Zwischenziele, sondern dehnbare Ziele – Nicht nur die Technolo-

gie, das System muss sich ändern, das Regime ist fossil – Technologie und Konjunktive – Steigerungslogik vs. Lebensqualität – München: 12,6 Prozent der Stadtfläche ist für parkierte Autos! – Futur: Analoge City ohne Auto – Es geht nicht um «was nicht» sondern «wohin»!

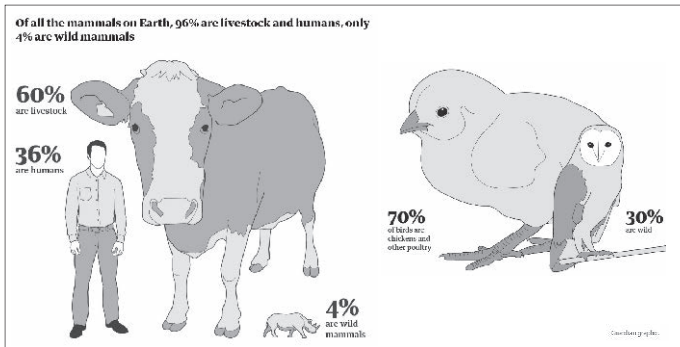
## Die fossilfreie Mobilität psychologisch denken

Prof. Dr. Stefan Gössling packte das Thema in seinem Referat «Vom motorisierten Individualverkehr zur nachhaltigen Mobilität» von der psychologischen Seite her an. Das Auto hat wichtige emotionale Funktionen: Partnerwerbung, Flucht, Rebellion, Gemeinschaft. Dazu kommt die besondere Rolle von Ängsten. Angst bedeutet Rückzug auf die eigene Situation, abnehmendes Interesse an der Lösung gesellschaftlicher Probleme. Das Auto aber schützt – die SUV-Zunahme ist auch ein Ausdruck von Unsicherheit und Angst. Das Auto ist ein gesellschaftliches Fieberthermometer, was sich zeigt in der Entwicklung von Masse und Motorisierung, Zunahme der Fälle von Fahrerflucht und Änderung des Aussehens von Fahrzeugen (aggressiver Ausdruck der Frontpartie). Was also tun? Der Weg in eine andere Mobilität beginnt in den Städten: Fußverkehr fördern, ÖPNV (öffentlicher Personen-Nahverkehr) verbessern, das Fahrrad (und den E-Scooter) stärken, das Auto einschränken. Wie können wir diese Ziele psychologisch geschickt erreichen? Es gibt instru-

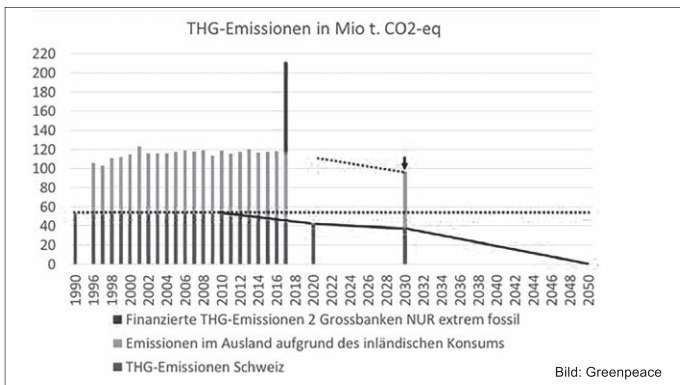


Das Auto ist mehr als ein Transportmittel.





Erschreckende Zahlen.



Es gibt noch zu tun!

mentelle Argumente wie beispielsweise einen U-Bahn-Plan mit Meter- und Gehminutenangaben (gehen statt auf die Bahn warten) oder affektive Argumente, also ein U-Bahn-Plan mit Kalorienverbrauch statt Gehminuten! Beim ÖPNV gibt es psychologische Barrieren der Nutzung, oft Ängste. Hier gilt es, affektive Seiten zu stärken (Pünktlichkeit, Sauberkeit, Frequenz, Komfort, Sozialverhalten, Serviceangebote, Kundenorientierung). Um die Nutzung des Fahrrads zu fördern, braucht es positive Kommunikation: Bessere Gesundheit, schneller als das Auto, billiger als das Auto, fast nie Parkplatznot usw. Auch E-Scooter wären besser als Autos, doch sind sie noch nicht in der Kultur angekommen und schaffen deshalb oft Probleme: Rücksichtsloses Fahren, wildes Parken, Vandalismus. Wichtige Massnahmen: Maximale Geschwindigkeit (25 km/h), Radinfrastrukturnutzung, feste Parkmöglichkeiten. Die Scooter könnten dann zu einer Argumen-

tationshilfe werden für mehr und breitere Radwege, Tempo 30 in der gesamten Stadt. Die Psychologie muss auch eingesetzt werden, um das Auto einzugrenzen: Bestehende Rechtsprechung ausschöpfen (Falschparken, Parken ausserhalb der gezeichneten «Parkbox» (SUV), Geschwindigkeits- und Lärmüberschreitungen ahnden). Unangreifbare Argumentation einsetzen wie «sichere Schulwege», «keine tödlichen Unfälle», «Lebensqualität».

### Konsum, Graue Energie, Finanzplatz

Dr. Iris Menn, Geschäftsleiterin Greenpeace Schweiz, fragt: Was können wir zum weltweiten Fossilausstieg beitragen? Unseren Raubbau zeigt eine Aufschlüsselung der Biomasse auf diesem Planeten. Bei den Säugetieren besteht die Biomasse aus 36 Prozent Menschen, 60 Prozent Nutztieren und 4 Prozent Wildtieren. Bei den Vögeln sind 70 Prozent Hühner und anderes Hausgeflügel, 30 Prozent sind wildle-

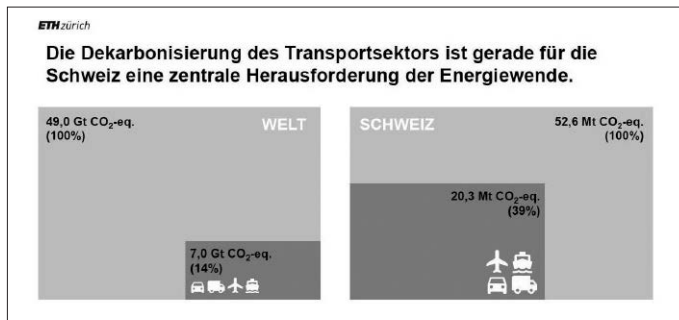
bende Vögel. Und ja, 20 Prozent der Menschen beanspruchen 70 Prozent der Ressourcen. Genauso räuberisch wie die Menschen die Bio-Ressourcen beanspruchen, gehen sie auch um mit den Energien. Wir tragen auch Verantwortung für Emissionen im Ausland durch inländischen Konsum: Nicht genug damit, dass wir mit unserem Konsum viel CO<sub>2</sub> im Inland produzieren, die importierten Güter machen noch einmal so viel aus! Und um ein Mehrfaches dieser Grössenordnung belasten das Weltklima die durch Schweizer Bankinstitute finanzierten Emissionen im Ausland.

### CO<sub>2</sub>-Entnahme im Widerspruch: Auf wie viel Technik können wir beim Fossilausstieg hoffen?

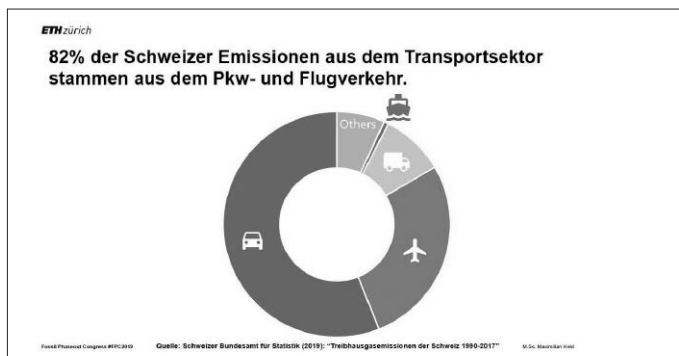
Daniel Egger von der Firma Sales Climeworks sieht technische Lösungen zur Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Luft ausdrücklich als Ergänzung zu den verschiedenen Emissionsreduktionsmassnahmen. Er hält fest, dass solche technischen Systeme nur sinnvoll sind, wenn sie trotz Wirkungsgrad von 90 Prozent und mehr mit sauber produziertem Strom betrieben werden. Das aus der Luft gewonnene CO<sub>2</sub> kann gebunden und eingelagert werden oder – was nicht uninteressant wäre – zu neuem Flüssigtreibstoff verarbeitet werden. Seine Vision ist, bereits 2025 1 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen mit den technischen Verfahren seiner Firma zu neutralisieren.

### Gebäudepark Schweiz: Fossilfrei in die Zukunft

Die Leiterin Bildung & Entwicklung von Minergie Schweiz, Sabine von Stockar, konzentriert sich auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Gebäuden und sagt klar: «Wir sind nicht auf Kurs!» Beim Heizungsersatz in den letzten Jahren sei keine Dekarbonisierung in Sicht, Erdgas an Stelle von Heizöl sei nicht zielführend. Die Sanierungsrate liegt heute bei etwa 1 Prozent, oft wegen mangelnden Wissens bei



Emissionsanteil Mobilität weltweit.



Emissionsanteil Mobilität Schweiz.

Fachleuten und Bauherren. Der Nutzen einer energetischen Sanierung wird oft nicht erkannt. Das Potential zur Einsparung von Energie und CO<sub>2</sub> bei Gebäuden ist weiterhin gross: Energie sparen (Dämmung, Haustechnik und Stromanwendungen), CO<sub>2</sub> substituieren (Heizungersatz), erneuerbaren Strom produzieren (PV-Anlagen). Photovoltaik wird an Gebäuden in der Schweiz noch zu wenig genutzt. Minergie-Gebäude sind fossilfrei, effizient und produzieren PV-Strom. Die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzwertes für Gebäude ist ein guter Meilenstein und wirkt für den Heizungersatz.

#### **Antriebstechnik im Widerspruch: Wie weit bringt uns die Elektromobilität beim Fossilausstieg?**

Maximilian Held von der Gruppe Energiesysteme am Institut für Energietechnik, ETH Zürich, sieht die Dekarbonisierung des Transportsektors gerade für die Schweiz als eine zentrale Herausforderung der Energiewende. 82 Prozent der Schweizer

Emissionen aus dem Transportsektor stammen aus dem Pkw- und Flugverkehr. Eine erfolgreiche Dekarbonisierung des Transportsektors steht und fällt jedoch mit der ausreichenden Versorgung mit CO<sub>2</sub>-armem Strom.

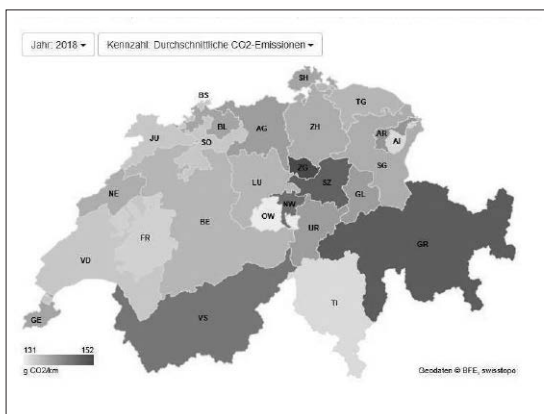
Jürg Grossen, Nationalrat, Präsident GLP, Präsident Swiss eMobility sieht zwar eine erfreuliche Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Jahren 2000 bis 2015 beim Autoverkehr. Seither aber verläuft die Kurve wieder steigend, weil die Tendenz zu grösseren, schwereren Fahrzeugen den Effekt sparsamerer Motoren zunichtemacht. Die Zielwerte 95 g per 2021 oder gar 81 g per 2025 sind so nicht erreichbar. Der Effizienzvergleich spricht klar für Elektrofahrzeuge: 20 kWh pro 100 km beim E-Auto im Vergleich zu 65 kWh beim Auto mit Verbrennungsmotor.

**Der Weg zu 100 Prozent erneuerbar**  
Felix Nipkow, der SES-Projektleiter Strom & erneuerbare Energie postuliert: Die Energiewende ist möglich, das +1,5-Grad-Ziel wird erreicht. Wir brauchen dazu 100 Prozent erneuer-

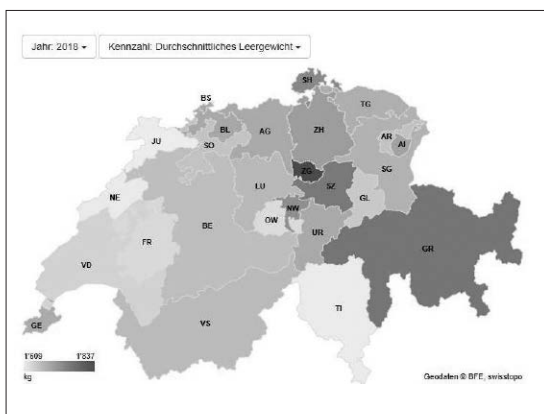
bare Energien, also 5-mal mehr Strom als heute, davon aber etwa 70 Prozent aus Photovoltaik. Keine Energie mit CO<sub>2</sub>-Emission. Aktuelle Studien zeigen, dass diese Energie kostengünstiger sein wird als heute. Das Ausbaupotenzial in der Schweiz liegt bei etwa 50 TWh auf Dächern, 17 TWh an Fassaden und weiteren 15 TWh auf Infrastrukturanlagen (Parkplatzüberdachungen, Strassen, Stauseen etc.). Spezialfall Flugverkehr: Elektroflugzeuge sind noch nicht bereit und wohl auch nicht realistisch. Als technische Lösung denkbar wäre eine Treibstoffsynthese mit erneuerbarem Strom. Damit würde – inklusiv CO<sub>2</sub>-Abscheidung – ein Wirkungsgrad von nur 20 Prozent erreicht. Miniraffinerien (ETH) erfordern direkte Sonneneinstrahlung, weshalb das System für die Schweiz nicht geeignet scheint. Mit einer Flugticketabgabe zu Gunsten der Entwicklung alternativer Treibstoffe oder Antriebe könnte die Politik hier die Weichen stellen.

#### **Was würde eine fossilfreie Energieversorgung bis 2035 kosten?**

Der Unternehmer und Dozent (ETH) Prof. Dr. Anton Gunzinger raste mit der für ihn typischen Geschwindigkeit durch seine interessanten Überlegungen, Annahmen und Spekulationen. Bezüglich Verbrauch unterstützt er die von den Vorrednern gemachten Aussagen bezüglich Gebäuden und Mobilität. Er fordert, dass wir vermehrt Systeme regeln, statt nur steuern sollen. Zu den Energiekosten verweist er auf das Beispiel Photovoltaik, wo die Kosten von ursprünglich 60 ct/kWh auf heute 7 ct/kWh gesunken sind und er Grenzkosten von 1 ct/kWh erwartet. Windenergie wird noch billiger, etwa halb so viel wie Photovoltaik. Bei beiden Energieformen muss das Problem der Fluktuation noch besser gelöst werden. Zu den Kosten von Kernenergie verweist er auf das finnische Projekt Olkiluoto III, für das 2005 Kosten von 3 Milliarden und die geplante



Bundesamt für Energie: Unterschiede in den Kantonen.



Zug on Top.

Betriebsaufnahme per 2011 berechnet wurde. Nach mehreren Neuberechnungen der Kosten (9 Milliarden) und der Bauzeit läuft die Anlage heute noch nicht. Die Produktionskosten für Kernenergie wurden früher mit 2 Rp./kWh angegeben, heute 15 Rp./kWh. Direkt betroffen sind wir mit der Entsorgung von AKW in der Schweiz: Die Entsorgungskosten – ursprünglich mit 18 Milliarden Franken angegeben – werden in neueren Budgets (2016) mit 27 Milliarden Franken angegeben. Prof. Gunzinger bezeichnet die AKW-Entsorgung als «grösstes finanzielles Desaster in der Geschichte der Schweiz». Seine Prognose für die Energiekosten dagegen lässt aufatmen. Er entwirft das Bild einer Schweiz, wie sie für die kommenden Generationen aussehen könnte (s. Bild und

Link im Kasten). Leider ist die europäische wie die amerikanische (Auto-) Industrie auf die kommenden Entwicklungen schlecht vorbereitet. Dazu bleibt uns die gesellschaftliche Herausforderung: Es findet ein kompletter Machtumbau statt, lokal und global.

### Das Energienetzwerk im Bundeshaus

Nils Epprecht, der SES-Geschäftsleiter, verweist auf die Website der SES zur Energielobby sowie die Site mit dem Umwelt-rating der Wahlversprechen (s. Box). Da können alle Ratsmitglieder durchleuchtet werden.

### Wo stehen wir in der Politik, ist der Fossil-ausstieg mit den vorhandenen politischen Strukturen möglich?

Politikwissenschaftler Claude Longchamp meint, die Veränderung der Schweizer Politlandschaft in den letzten 30 Jahren zeige zumindest, dass die Schweiz sich wandeln kann. Leider reduzieren gegenwärtig diverse Blockaden die notwendige Veränderungsgeschwindigkeit. Die letzten Wahlen haben gezeigt, dass Männer zwischen 80 und 90 keine Lust mehr haben auf Partizipation in

der Politik, während Frauen unter 35 Lust auf Politik bekommen und sich aktiv einbringen. Seine Prognosen und Szenarien für das Parlament nach den Wahlen sind inzwischen Geschichte. Was bleibt sind Gedanken zu den Koalitionen und Mehrheiten für die künftige Arbeit des Parlaments: Die Mehrheitsfindung aus der Mitte heraus wird eher gestärkt, in ökologischen Fragen gibt es ohne die CVP keine Mehrheit. Die anderen Referate hätten ihm gezeigt, dass es entweder vor allem um den Lebensstil geht oder vor allem um Technik. Seine Botschaft an das neue Parlament lautet deshalb: Grüne, hütet euch davor, die Technik zu ver-teufeln, FDP/CVP, vergesst nicht den gesellschaftlichen Wandel.

### Podium: Politik aufs Exempel

In der Diskussion zu konkreten Massnahmen für den Fossil-ausstieg mit Barbara Günthard-Maier, FDP-Stadträtin Winterthur, Stefan Müller-Altermatt, CVP-Nationalrat und Mitglied der Umweltkommission, Roger Nordmann, SP-Nationalrat und Fraktionschef, Präsident der Umweltkommission und Präsident von Swissolar, Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, gab es keine Überraschungen, die Aussagen entsprachen den Erwartungen und brachten nichts wirklich Neues. ■

### Mehr Informationen

- SES, der Kongress auf Video: <https://www.energiestiftung.ch/veranstaltungen.html>
- Buch von Harald Welzer: Alles könnte anders sein. ISBN 978-3-10-39740-10
- Buch von Prof. Dr. Stefan Gössling: The Psychology of the Car. ISBN 978-0-12-811008-9
- Buch von Prof. Anton Gunzinger: Kraftwerk Schweiz. ISBN 978-3-7296-0888-7 und Web <http://kraftwerkschweiz.ch/>
- Wie sind Parlamentarier vernetzt in Sachen Energie? <https://energielobby.energiestiftung.ch/>
- Welche Wahlversprechen haben Kandidatinnen und Kandidaten abgegeben? <https://ecorating.ch/de>



# Aus Fehlern gelernt

André Guntern, Alternative – die Grünen Baar

20

**Nach der Ablehnung des alten Megaprojekts Unterfeld hat der Gemeinderat Baar den Reset-Knopf gedrückt. Das gescheiterte Projekt wurde kritisch analysiert und für den Neustart wurden Anwohner und Interessengruppen mit ins Boot geholt. Die partizipative Planung ist zwar aufwändig und anspruchsvoll. Beim Unterfeld Süd scheint dieser Prozess nun aber zum Erfolg zu führen.**

Wir erinnern uns: Im Gebiet Unterfeld Süd wurde über mehrere Jahre eine riesige Blockrandbebauung mit sechs integrierten Hochhäusern von bis zu 60 Metern Höhe geplant. Und dies praktisch ohne Einbezug

den noch Initianten bereit waren, das Projekt anzupassen, formierte sich im Hinblick auf die Urnenabstimmung ein gegnerisches Komitee, bestehend aus ALG, SP sowie verschiedenen Einzelpersonen. Mit der



Workshop des Reflexionsgremiums: Unterschiedlichste Akteure suchen den gemeinsamen Nenner.

von Bevölkerung und Interessengruppen. Die Alternative – die Grünen ALG Baar kritisierte diese «Planung im Verborgenen» bereits bei der ersten öffentlichen Präsentation im April 2016. Im Rahmen der abschliessenden, öffentlichen Auflage reichten wir eine Einwendung ein und kritisierten das Projekt in verschiedenen Punkten: Die städtebauliche Unverträglichkeit einer sich gegenüber den Quartieren abschottenden «Burg», der zu geringe Anteil an preisgünstigen Wohnungen bei gleichzeitig zu hohem Gewerbeannteil sowie das schwammige und zu stark auf das Auto ausgerichtete Verkehrskonzept. Da weder Behör-

knappen Ablehnung des Bebauungsplanes in der Gemeinde Baar im Februar 2017 war der Widerstand letztlich erfolgreich und das Projekt praktisch gestorben.

## **Selbstkritische Reflexion macht den Weg frei für Neuanfang**

Die Behörden von Zug und Baar haben die Gründe für die Ablehnung des Projekts Unterfeld analysiert und im Sommer 2017 selbstkritisch festgestellt, dass bezüglich Städtebau wie auch vom Planungsprozess her ein Neuanfang nötig wird. Die ALG Baar hat dieses Vorgehen begrüsst, und ihre inhaltliche Position früh eingebracht. So haben wir verlangt,

dass eine heterogene Stadtstruktur mit einer verträglichen Mischung aus Wohnen, Büro und Läden geschaffen wird. Kleinere Baukörper ermöglichen Nischen, in denen sich Bewohner und Beschäftigte wohler fühlen und die noch Platz für eigene Aktivitäten bieten. Solche Zielsetzungen seien absolut nicht neu; von den gemachten Erfahrungen ähnlicher, bereits realisierter Überbauungen könne profitiert werden. Schliesslich sei der Anteil an preisgünstigen Wohnungen auf Baarer Seite angemessen zu erhöhen.

Ab Ende 2017 wurde ein kooperativer Planungsprozess gestartet, welcher vier Phasen umfasst:

Phase 1: Erarbeitung einer städtebaulichen Studie.

Phase 2: Zusammenfassung der Ergebnisse in einem Quartiergestaltungsplan (QP).

Phase 3: Planungsrechtliche Umsetzung (Anpassung Zonenplan und Bauordnung).

Phase 4: Baufeldbezogene Detailplanung durch die privaten Grundeigentümer.

## **Suche nach mehrheitsfähigem Städtebau**

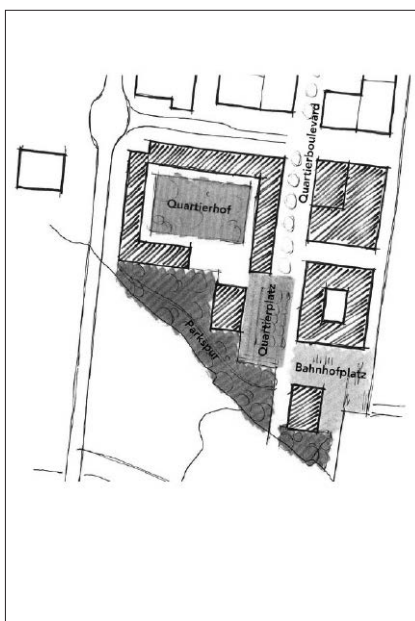
Phase 1 war der eigentliche Neustart der Planung. In einem partizipativen Workshopverfahren hat ein Planerteam aus Städtebauern und Landschaftsarchitekten zusammen mit Fachexperten, Behördenvertretern und Grundeigentümern ein neues städtebauliches Grundkonzept entwickelt. Ergänzt wurde das Fachgremium mit einem Reflexionsgremium, dem gegen 40 Personen von Anwohnern, Parteien, Verbänden und Interessengruppen angehörten. Das Gesamtgremium beschäftigte sich in den drei Workshops mit folgenden Aufgaben:

1. Workshop: Diskussion darüber, welches Quartier zum Unterfeld passt, wer dort wohnen und arbei-

ten soll und welche Anforderungen an Städtebau und Mobilität verlangt werden.

2. Workshop: Auseinandersetzung mit drei, vom Planerteam entwickelten Konzeptansätzen für eine städtebauliche Grundkonzeption. Konsultative Bestimmung der Bestvariante.
3. Workshop: Beurteilung der weiterentwickelten Bestvariante. Formulierung von Aufgaben für das Abschliessen der städtebaulichen Studie, vor allem bezüglich Freiraumkonzept, Nutzungsanordnung und Erschliessung. Schlussbeurteilung der Teilnehmenden zu Prozess und Inhalt der Ergebnisse.

Die Teilnehmenden der Workshops haben sich abschliessend zum gewählten Vorgehen durchwegs positiv geäussert. Gelobt wurde auch die partizipative und transparente Erarbeitung der einzelnen Arbeitsschritte. Die Anliegen aus den Workshops seien von den Planern ernst genommen und in der Projektentwicklung berücksichtigt worden.



### Behördenverbindlicher Quartiergestaltungsplan

In der zweiten Phase wurden die Erkenntnisse aus der städtebaulichen Studie in einen behördenverbindlichen Quartiergestaltungsplan (QP) umgesetzt. Im Rahmen der öffentlichen Auflage Anfang 2019 wurde nun auch die breite Öffentlichkeit über den Planungsstand orientiert, verbunden mit der Möglichkeit zur Mitwirkung. Mit einer umfangreichen Stellungnahme hat die ALG Baar diese Gelegenheit genutzt und sich zum QP geäussert. Wir konnten erfreut feststellen, dass das neue Bauungs- und Freiraumkonzept viele unserer Kritikpunkte aus dem alten Projekt aufgenommen hat: Die Bevölkerung und die Parteien wurden in einem Mitwirkungsprozess einbezogen. Die gigantische Blockrandbebauung ohne Herz wurde nicht mehr weiter verfolgt. Mit dem verzweigten öffentlichen Raum (Achsen und Plätze) kann eine Verzahnung mit den angrenzenden Quartieren erreicht werden. Die Anzahl Hochhäuser und die Gebäudehöhen wurden

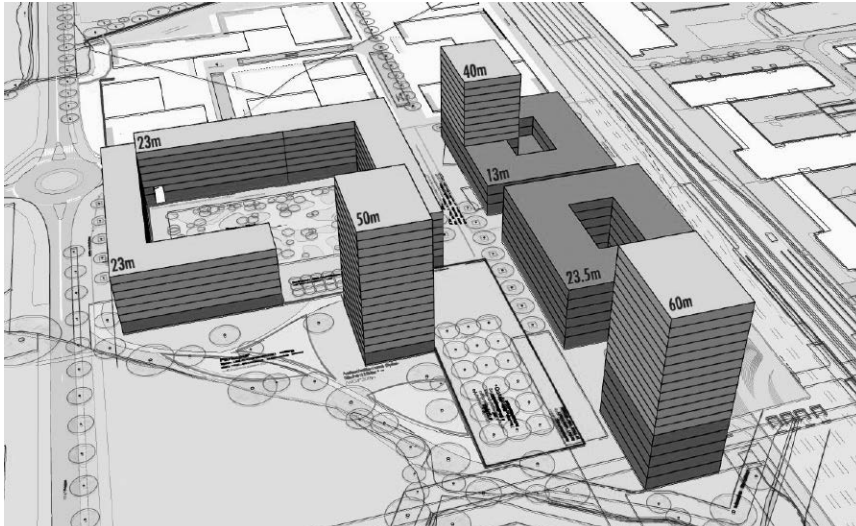
reduziert. Schliesslich wurde der Wohnanteil deutlich erhöht und der Anteil an preisgünstigen Wohnungen auf mindestens 10000 m<sup>2</sup> fast verdoppelt. Die neue Planung stellt verschiedene öffentliche und halböffentliche Aufenthaltsorte zur Verfügung: Belebte und ruhige; offene und kleinstrukturierte, urbane und naturnahe. Sie decken unterschiedliche Bedürfnisse von Bewohnern, Angestellten und Besuchern ab.

### Immer noch Verbesserungspotenzial

Offene Fragen wurden vor allem beim Verkehr festgestellt. Das Erschliessungskonzept ist nach wie vor zu stark auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Die rund 74000 m<sup>2</sup> Nutzflächen werden ein grosses Verkehrsvolumen auslösen. Dieses ist mit besonderen Anstrengungen vor allem auf den ÖV und den Langsamverkehr zu lenken. Die Anzahl Parkplätze wurde zwar gegenüber der Norm um einen Drittel reduziert. Die 565 Parkplätze sind aber immer noch eine ausseror-



Die städtebauliche Grundstruktur – als Skizze (links) und im Sagex-Modell (rechts) – war das Ergebnis des partizipativen Planungsverfahrens und Grundlage für ein Richtkonzept «Bebauung und Freiraum».



Richtkonzept Vertiefung «Bebauung & Freiraum» des Architekturbüros Eckhaus & S2L – Darstellung der Nutzungen (beige: Wohnungen / blau: Gewerbe) und der maximalen Gebäudehöhen.

dentlich hohe Anzahl. Das Potential des Standortes direkt an der S-Bahn-Haltestelle Lindenpark und an Langsamverkehrsrouten muss unbedingt besser genutzt werden. Um das Umsteigen zu erleichtern, sind vor allem gute Bedingungen für die Nutzung von Velos, E-Bikes sowie Carsharing- und Veloverleih-Angeboten zu schaffen. Zudem sind die Veloparkplätze mehrheitlich oberirdisch und an gut zugänglichen Stellen vorzusehen. Auch das quartierinterne Langsamverkehrsnetz soll durchdacht sein. So sind besonders velofreundliche, also von den Fusswegen getrennte Verbindungen von den Wohnungen/Arbeitsplätzen zu den Hauptvelorouten zu schaffen. Die Nutzung eines Autos (bzw. eines entsprechenden Parkplatzes im Gebiet) sollte ihren Preis haben. Das heisst, eine konsequente Parkplatzbewirtschaftung für alle Nutzer muss selbstverständlich sein. Die ALG Baar hat stets verlangt, dass über das ganze Areal ein Mobilitätskonzept erstellt wird. Dadurch hätten die Vorgaben zur Begrenzung des MIV und zur Förderung der umweltfreundlichen Mobilitätsformen für die verschiedenen Grundeigen-

tümer eine höhere Verbindlichkeit. Die Gemeinde hätte es in der Hand, dass sich das Unterfeld Süd als autoarmes Vorzeigequartier präsentieren könnte.

Im Weiteren haben wir in unserer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass bei der Detailplanung der Belegung des Quartiers, z.B. durch Gemeinschaftsräume für Quartieraktivitäten sowie der Verbesserung der Wohnqualität durch grüne und gut gestaltete Freiräume geachtet wird. Das Unterfeld Süd darf nicht auf dem Reissbrett fertiggeplant werden, sondern muss als lebendiges Quartier zusammen mit der Bevölkerung und den Nutzern entwickelt und gestaltet werden.

In der bisherigen Planung nicht behandelt wurde das Thema Energie. Ein Anschluss an eines der im Bau befindlichen Fernwärmenetze sowie die maximale Nutzung der Flachdächer für Solaranlagen sollten ebenso selbstverständlich sein wie auch eine insgesamt energieeffiziente und nachhaltige Bauweise, z.B. nach Minergie P, A oder ECO.

Anzumerken bleibt noch, dass sich der QP auf das Gebiet der Gemein-

de Baar nördlich des Schleifibachs beschränkt. Vertreter der Stadt Zug und der Korporation Zug haben zwar an den Workshops teilgenommen. Da sich die Korporation Zug aber eine Planungspause ausbedungen hatte, war es nicht möglich, das Bebauungs- und Freiraumkonzept grenzüberschreitend zu entwickeln. Mit der Festlegung eines markanten Grüngürtels entlang des Schleifibachs wurde zumindest auf der Baarer Seite dem Anliegen, Siedlung und Landschaft besser zu vernetzen, Rechnung getragen. Es ist zu hoffen, dass dieser Ansatz dereinst auch auf der Zuger Seite übernommen wird.

### Fazit – Partizipation und Transparenz bringen besseres Ergebnis

Mit dem gewählten kooperativen Verfahren und dem erreichten Ergebnis hat das Projekt Unterfeld Süd viele Kritikpunkte der Alternative – die Grünen Baar aufgenommen. Die neuen Absichten, wie sie nun im behördenverbindlichen Quartiergestaltungsplan verankert sind, stellen eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Projekt dar. Noch gibt es aber im Bereich Erschliessung und Verkehr Verbesserungspotential. Diesem Punkt werden wir bei den kommenden Bebauungsplänen sicher besondere Beachtung schenken. Insgesamt können die Beteiligten der kommenden Abstimmung über die Änderungen von Zonenplan und Bauordnung im nächsten Jahr aber zuversichtlich entgegenblicken. ■

#### Weitere Informationen

Gemeinde Baar: <https://www.baar.ch/aktuelleplanungen/3382>

Bildquelle (Grafiken und Fotos): öffentlich zugängliche Planungsunterlagen der Gemeinde Baar



# WählerInnen abholen

Grünspecht – ein kritischer Vogel

**Die Wahlen sind vorbei, sie haben den beiden Parteien Grüne und GLP grosse Sitzgewinne beschert. Keine Bescherung wie an Weihnachten, sondern das Ergebnis einer konsequenten Politik im Umweltbereich und eines klaren Narrativs.**

23

Der SVP-Chefideologe Roger Köppel macht es sich wieder einfach. In seiner Weltwoche vom 24. Oktober hat er eine simple Erklärung für die Erfolge der Grünen, nämlich – «weil die Grünen die Angst vor einer Klimakatastrophe meisterhaft beschwören». Glücklicherweise sei das Land, «das sich um die Rettung entlegener Regenwälder, um die Bewahrung seiner Gletscher oder um die Pflege von unbekanntem Insektenarten kümmern kann.» Politik sei das Geschäft mit der Angst, «auch mit der eingebildeten».

Nur – und das haben die Verlierer des Wahlsonntags nicht begriffen – der rasante Klimawandel ist kein Hype, sondern Realität; er verändert unsere Welt und das Zusammenleben auf unserem Planeten schneller als uns Lebewesen lieb sein kann. Es gilt jetzt, die richtigen Massnahmen zu ergreifen. Das war die Wahlbotschaft der Grünen: «Ergreife Partei für das Klima». Ein Narrativ, das viele Menschen umtreibt; eine Geschichte, die emotional berührt und zugleich auf wissenschaftlich erhärteten Fakten beruht. Alles andere als die «eingebildete Angst» aus dem Hause Köppel.

## Alte Slogans wirken auch alt

Der Grünspecht hat schon ein wenig gestaunt, als er die FDP-Prospekte und Slogans sah. «Wollen. Wählen. Möglich machen» – oder «Gemeinsam weiterkommen» heisst es auf dem Ballon. Oder, «die FDP will die Chancen der Zukunft packen». Die Schweiz sei ein «Erfolgsmodell, nicht zuletzt dank der FDP Die Liberalen», heisst es im grossen Faltprospekt. Wo bleiben die Emotionen, wo bleibt eine packende Story, welche die Wählerinnen und Wähler an die Urne locken soll? In Zeiten

abnehmender Parteitreuere wirken solche Slogans, die auch vor 20 Jahren hätten geschrieben werden können, wirklich alt. Da ändert auch die etwas eigenwillige Interpunktion nicht viel daran.

Auf ihre Rolle als Partei zwischen links und rechts, als «stabile Mitte für sinnvolle und mehrheitsfähige Lösungen» hat sich die CVP fokussiert: «Wir halten die Schweiz zusammen.» Eine Aussage, wie wenn unser Land vor dem baldigen Zusammenbruch und dem Auseinanderfallen in seine Einzelteile stünde. Wo bleibt die emotionale Ansprache der Wählerinnen und Wähler?

Und auch der «Zug nach Bern!» kam nicht so recht in Fahrt, auch wenn die SP die Weichen neu stellen wollte. Den Mangel an Emotionen hatte die BDP mit einer gehörigen Portion Selbstironie noch getoppt. «Langweilig, aber gut», hiess der Slogan. Genützt hat es nichts; die Partei verlor die Fraktionsstärke im Bundeshaus.

## Wir gegen die anderen

Seit der denkwürdigen EWR-Abstimmung vor mehr als 25 Jahren verstand es die SVP meisterhaft, auf der Klaviatur der Emotionen zu spielen. Wir gegen alle anderen – das funktionierte während Jahren bestens und machte die Volkspartei zur mit Abstand wählerstärksten Partei. Das Spiel mit provozierenden Sprüchen und Symbolen verlangt allerdings nach einer permanenten Steigerung; insofern war das Plakat mit den Würmern («Linke und Nette», welche die Schweiz zerstören) nur die logische Folge von früheren erfolgreichen Kampagnen. Motivierend für ein jüngeres und urbanes Wahlvolk ist dies aber nur mehr begrenzt.



SP-Nationalrätin Jacqueline Badran hat es in einem Interview mit «Blick-Online» am 10. November so formuliert: «Der SP fehlt die sinnstiftende Erzählung, in die alles eingebettet ist.» Gleiches lässt sich für die anderen Verliererparteien auch sagen. Anders die Grünen mit ihrer klaren Fokussierung auf das Klima, kombiniert mit der direkten Ansprache an die Wählerinnen und Wähler: «Ergreife Partei für das Klima.» Die Wählerinnen und Wähler wollen angesprochen werden; sie wollen eine inhaltliche Perspektive für die Zukunft. Sie wollen eine überzeugende Geschichte. ■

# Ja zum Schutz

Mara Labud und Delia Meier, Junge Alternative Zug

24

**Heute wäre es erlaubt, sich mit einem Megafon in die Mitte der Bahnhofshalle zu stellen und zu rufen: «Alle Lesben sind krank und müssen geheilt werden!» Wenn die Diskriminierung aufgrund der Rasse, Ethnie oder Religion passieren würde, wäre eine solche Handlung schon seit Jahren verboten und strafgesetzlich verfolgbar.**

Dies wollte das Parlament ändern und beschloss 2018 den Diskriminierungsschutz in der Schweiz um ein viertes Kriterium zu erweitern. «Wer öffentlich gegen eine Person oder



eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft, [...] wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.» (Art. 261 STGB) So lautet der entsprechende Artikel. Das einzige, was sich mit dem neuen Gesetz ändern würde, wäre ein Zusatz von zwei Worten: sexuelle Orientierung. Diese minimale Änderung ging der JSVP und EDU zu weit und gemeinsam ergriffen sie das Referendum. Deswegen stimmen wir am 9. Februar 2020 über den Diskriminierungsschutz ab. Das Hauptargument des Referendumskomitees: Die Meinungsfreiheit würde zu stark eingeschränkt. Bei einer Änderung des Artikels um genau zwei Worte.

Das Argument der Meinungsfreiheit anzuführen, ist in diesem Fall ein Scheinargument. Wie stark in diese eingegriffen wird, bleibt nämlich gleich, da bei einer Annahme des Referendums einzig der Zusatz des Kriteriums der sexuellen Orientierung gestrichen würde, Diskriminierung aufgrund von Rasse, Ethnie oder Religion aber immer noch verboten bleiben würde. Ausserdem haben wir die Diskussion über die Frage, ob die Eingriffsintensität angemessen sei, bereits 1994 geführt, als auch gegen das ursprüngliche Gesetz das Referendum ergriffen wurde.

Diese Abstimmung wurde jedoch zu Gunsten der neuen Regelung entschieden.

Diese Einschätzung wurde 2007 nochmals bestätigt, als eine Volksinitiative zur Abschaffung des Diskriminierungsgesetzes daran scheiterte, dass nicht genügend Unterschriften innerhalb der Frist gefunden werden konnten. In anderen Worten: Das Gesetz ist hier, die Meinungsfreiheitsdebatte wurde geführt. Würde diese neu aufgewickelt werden wollen, müsste beispielsweise ein neuer Initiativesuch gestartet werden. Denn, wie erwähnt, geht es bei der Abstimmung im Februar nur darum, ob die Kriterien «Rasse, Ethnie, Religion» um «sexuelle Orientierung» ergänzt werden sollen.

## Homophobie-Referendum

Deswegen trifft auch die Namensgebung des Referendumskomitee nicht zu: JSVP und EDU sprechen vom «Zensur-Gesetz». Ziel dieser Namenswahl ist es, sich falsche Legitimität zu verschaffen und zu verschleiern, um was es wirklich geht: Es geht nicht um Zensur, sondern um Homophobie. So empfehlen wir auch, statt vom Zensurgesetz, vom Homophobie-Referendum oder Ähnlichem zu sprechen.

Würde der Gesetzeszusatz abgelehnt werden, wäre dies ein grosser Rückschritt für LGBTQIA+-Rechte in der Schweiz. Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ist immer noch ein grosses Problem und die beschlossene Gesetzesänderung des Parlaments bildet eine Grundlage, um strafrechtlich gegen Homophobie vorzugehen. Natürlich würde das neue Gesetz nicht alle Probleme aus der Welt schaffen und noch erfreulicher wäre der Miteinbezug von noch mehr Kriterien nebst der sexuellen Orientierung gewesen. So brauchen – um nur zwei Beispiele zu nennen – insbesondere auch Transmenschen und Menschen mit Behinderungen mehr Schutz.

Doch der Zusatz eines vierten Kriteriums – der sexuellen Orientierung – bildet die Basis für mehr Schutz in Zukunft. Würde schon diese Gesetzesänderung abgelehnt, würden auch weitere notwendige Anpassungen in Zukunft erschwert werden. Deswegen braucht es am 9. Februar 2020 unbedingt ein Ja zum Schutz an der Urne, damit wir mit einer gesetzlichen Grundlage gegen Homophobie in das neue Jahrzehnt starten können. ■

### LGBTQIA+

Dieses Kürzel steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersex und Asexual

Bild: [www.sosrassismus.ch](http://www.sosrassismus.ch)

# Sackgasse E-Mobilität

Martin Stuber, Vizepräsident Pro Bahn Zentralschweiz

**Die neuesten Zahlen des Bundesamtes für Statistik sind simpel – und eindrücklich: Im September 2018 waren in der Schweiz 4,6 Millionen Personenwagen immatrikuliert, die 2018 über 50 Milliarden Kilometer gefahren sind und Unmengen an CO<sub>2</sub> ausgestossen haben. Das muss sich ändern.**

Der Trend ist auch klar: Von 1994 bis 2018 wuchs die fährerscheintaugliche Bevölkerung (18+) um 26,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der PKW-Bestand um 45,4 Prozent und die Fahrleistung um 42,5 Prozent.

Voilà – ein massiver Trendwechsel ist zwingend, wenn die Klimaziele beim CO<sub>2</sub>-Ausstoss im PKW-Verkehr erreicht werden sollen. Das neue Zauberwort dafür ist E-Mobilität. Ist doch einfach: Elektroautos haben ja null CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Eine möglichst schnelle Umstellung des Fahrzeugparks auf E-Mobilität ist denn auch die Position von SP-Präsident Levrat (z.B. Workzeitung Nr. 17/2019). Eher schwammig ist bisher die Position der Grünen.

Allen, die ernsthaft den Weg einer tatsächlich klimaverträglichen Mobilität gehen wollen, sei die Lektüre von Winfried Wolfs Buch «Mit dem Elektroauto in die Sackgasse» ans Herz gelegt. Wissenschaftlich fundiert, zeichnet Wolf den Weg zum aktuellen E-Mobilitäts-Hype nach und belegt, dass der Ersatz des heutigen Fahrzeugparks durch E-Autos nicht nur völlig unrealistisch ist, sondern auch das CO<sub>2</sub>-Problem nicht wirklich lösen würde.

## Die Treiber des E-Hype

Als Treiber hinter dem aktuellen Hype identifiziert Wolf drei Faktoren: die Klimakrise, welche auch von der Autoindustrie nicht mehr gelehnet werden kann, deren Glaubwürdigkeitskrise nach den kriminellen Praktiken rund um «Dieselgate» und schliesslich die Industriepolitik des zum grössten Autoproduzenten aufgestiegenen China, das sich mit E-Autos als eigenständige Automacht etablieren und ein gutes Stück vom

Kuchen abschneiden will. Der Kuchen – das sind aktuell jährlich rund 100 Millionen neu produzierte PKW.

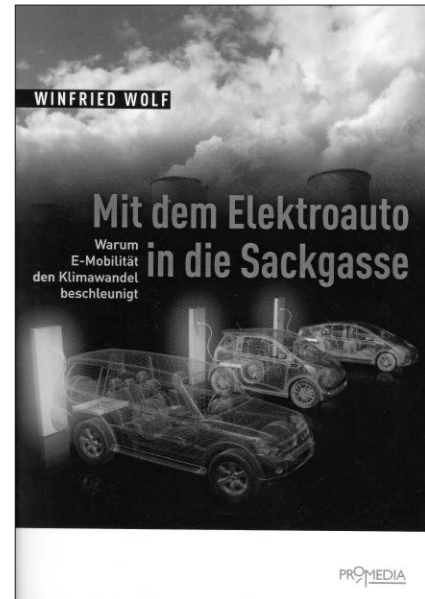
Wolf stellt die entscheidende Frage auf Seite 93: «Können Elektroautos tatsächlich als strategischer Bestandteil einer Verkehrsorganisation gewertet werden, die den Zielen von Nachhaltigkeit, Klimaverträglichkeit, Umweltfreundlichkeit und Stadtqualität gerecht wird?»

## Die nötigen Schritte

Seine Antwort: ein dreifaches Nein! Erstens ist «die Herstellung eines E-PKW im Vergleich mit der Herstellung eines traditionellen PKW mit extrem viel mehr Klima-Äquivalenten verbunden». Zweitens ist der Strommix für den Betrieb der E-PKW in den allermeisten Ländern stark CO<sub>2</sub>-lastig. «Drittens sind Elektro-PKW mit Rebound- oder Bumerang-Effekten verbunden, die die Umwelt- und Klimabelastungen zusätzlich erhöhen.» Dies wird dann detailliert und kenntnisreich erläutert.

Im letzten Kapitel mit dem Titel «Die Notwendigkeit einer umfassenden Verkehrswende» skizziert Wolf in 12 Punkten die nötigen Schritte. Einziger für uns in der Schweiz nicht relevanter Punkt ist Nr. 7. «Elektromobilität heisst Elektrifizierung des Schienennetzes». So weit sind wir schon!

Unsere grösste Herausforderung bleibt: möglichst schnell runter von 4,6 Millionen PKW und Aufbau eines klimaverträglichen und menschenfreundlichen Mobilitätssystems. Die Menschen brauchen eine konkrete Perspektive, wie dieses aussieht, damit sie vor dem nächsten Autokauf haltmachen und sich umorientieren. ■



## Winfried Wolf

Winfried Wolf, *Mit dem Elektroauto in die Sackgasse – Warum die E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt*. 216 Seiten, 2019, Promedia Verlag, Wien, ISBN: 978-3-85371-450-8

Unter [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de) findet sich mit dem Stichwort Winfried Wolf (Politiker) ein Eintrag mit einem Link auf die Bibliographie von Winfried Wolf. Wolf publiziert seit Jahren sehr fundiert zum Thema Verkehr.

Für Lesefauler: [www.youtube.com](http://www.youtube.com), Stichwort «Winfried Wolf E-Mobilität». Dort finden sich einige interessante Videos. Empfehlenswert z.B.: «FAKTEN: CHECK Mit dem Elektroauto in die Sackgasse», 35 Min.





26

### Welcome to Zwitscherland – Wie das Land, so die Vögel

Montag, 13. Januar  
20 Uhr  
Kino Gotthard Zug

Des Schweizers Schweiz, wie ist die so? Dieser Frage geht ein inzwischen verstorbener Feldtagebuchschreiber nach, indem er die Schweizer Vogelwelt beobachtet. Dabei gelangt er zu Pionieren und Bünzlis, zu Berglern und Städtern, zu Individualisten und Teamplayern, zu Weltenbummlern und Stubenhockern, zu Alteingesessenen und Zugewanderten und zeigt pointiert-humorvoll Parallelen zwischen dem Gebaren der Menschen und ihrer gefiederten Mitbewohner auf.

Ein farbenprächtiger, amüsanter, zwitscher- und flatterhafter Film, der mit grossartigen Tierauf-

nahmen aufwartet und für eine Welt sensibilisiert, die oftmals nur durch immense Anpassung unserer gefiederten Nachbarn an die heutige Zivilisation Überlebenschancen hat. Regisseur Marc Tschudin ist anwesend für Q&A



### Madame

Montag, 10. Februar  
20 Uhr  
Kino Gotthard

Caroline, die verstorbene Grossmutter des Regisseurs Stéphane Riethauser, ist Madame. Eine starke Frau, die unter den Rollenbildern ihrer Zeit litt, weil sie selbstbestimmt leben wollte. Ähnlich erging es Stéphane, der ein Patriarch wie sein Vater werden sollte, tatsächlich aber ein sensibler, homosexueller Junge mit künstlerischen Ambitionen war. Alte Fotos, Tagebücher und Tonaufnahmen geben Einblick in eine Zeit, in der Individualismus und Anderssein wenig Toleranz fanden. Der Prozess des jungen Mannes bis zum öffentlichen Eingestehen seiner Bedürfnisse wird eindringlich dargestellt und lässt erahnen, wie

viel Mut es braucht, sich selbst treu zu bleiben, auch wenn der eigene Lebensentwurf nicht den allgemeinen Erwartungen von Familie und Gesellschaft entspricht. Regisseur Stéphane Riethauser ist anwesend für Q&A.



Freundliche Grüsse  
Elke Mangelsdorff  
FLIZ FilmLiebhaberInnen  
Zug

## LeserInnenmeinung

Das BULLETIN ist auch eine Plattform für Briefe, Kommentare, Meinungen von Leserinnen und Lesern.

Ganz einfach: Mail an [bulletin\\_redaktion@bluewin.ch](mailto:bulletin_redaktion@bluewin.ch)

Wir freuen uns auf Zuschriften!



**Freitag, 27. Dezember 2019**  
**Die Schweiz im kalten**

**Krieg: Exklusive Führung**  
Die Junge Alternative Zug organisiert eine exklusive Führung durch die Sonderausstellung in der Burg Zug. Anmeldung an [junge@alternative-zug.ch](mailto:junge@alternative-zug.ch). 14 bis 16.30 Uhr

**Mittwoch, 8. Januar 2020**  
**Alternative Monatsbar, Themenabend LGBT\*-Diskriminierung**

im Siehbachsaal Zug  
Gute Gespräche und feines Essen. Ab 18.30 Uhr  
Um 20 Uhr Themenabend zum Verbot der Diskriminierung der sexuellen Orientierung

**Mittwoch, 4. März 2020**  
**Alternative Monatsbar**  
im Siehbachsaal Zug  
Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht das Grüne Forum Hünenberg. Ab 18.30 Uhr

**Mittwoch, 1. April 2020**  
**Alternative Monatsbar**  
im Siehbachsaal Zug  
Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen die Alternative – die Grünen Zug. Ab 18.30 Uhr

**Mittwoch, 6. Mai 2020**  
**Alternative Monatsbar mit Jahresversammlung**  
im Siehbachsaal Zug  
Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen das Forum Oberägeri und die Alternative – die Grünen Unterägeri. Ab 18.30 Uhr  
Um 20 Uhr Jahresversammlung

**Die Alternativen im Kanton Zug**

**Alternative – die Grünen Zug**  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
041 711 99 09  
[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

Öffnungszeiten Büro  
Alternative – die Grünen Zug:  
Jeweils Nachmittags von Montag bis Donnerstag  
E-Mails an: [info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch) werden von Mo–Fr bearbeitet.

**Alternative – die Grünen Baar**  
Anna Lustenberger-Seitz  
[info@alternative-baar.ch](mailto:info@alternative-baar.ch)

**Alternative – die Grünen Menzingen**  
Barbara Beck-Iselin  
[b.beck-iselin@bluewin.ch](mailto:b.beck-iselin@bluewin.ch)

**Alternative – die Grünen Unterägeri**  
Cornelia Mayinger  
[cornelia.mayinger@datazug.ch](mailto:cornelia.mayinger@datazug.ch)

**Alternative – die Grünen Stadt Zug**  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[info@alternative-stadt.ch](mailto:info@alternative-stadt.ch)

**Forum Oberägeri**  
Philipp Röllin  
[roellin.ph@bluewin.ch](mailto:roellin.ph@bluewin.ch)

**Grünes Forum Hünenberg**  
Rita Hofer  
[rita\\_hofer@bluewin.ch](mailto:rita_hofer@bluewin.ch)

**Grüne Risch-Rotkreuz**  
(ehemals Gleis 3 Alternative Risch)  
Hanni Schriber-Neiger  
[hanni@schribers.ch](mailto:hanni@schribers.ch)

**Grüne Steinhausen**  
Edith Seger Niederhauser  
Postfach 123  
6312 Steinhausen  
[steinhausen@gruene-zug.ch](mailto:steinhausen@gruene-zug.ch)

**Junge Alternative Zug**  
Konradin Franzini und Gurbetelli Yener  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[junge@alternative-zug.ch](mailto:junge@alternative-zug.ch)

**Krifo Alternative Cham**  
Roman Ambühl  
[cham@alternative-zug.ch](mailto:cham@alternative-zug.ch)

**Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat**  
[alternativefraktion.ch](http://alternativefraktion.ch)

**Grüne Partei Schweiz**  
[gruene.ch](http://gruene.ch)



**Facebook**  
[fb.com/AlternativeZug](https://fb.com/AlternativeZug)



**Twitter**  
[@AlternativeZG](https://twitter.com/AlternativeZG)



**Instagram**  
[@alternativegruene](https://instagram.com/alternativegruene)



**WhatsApp-Newsletter**  
Sende deinen Namen per WhatsApp an 079 519 81 91

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN  
Bulletin Nr. 4, 13.12.2019  
erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:**  
Verein DAS BULLETIN

**Adresse:**  
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

**Redaktion:**  
Natalie Chiodi  
Jonas Feldmann  
Hansjörg Glauser  
Hansruedi Küttel  
Lorenzo Martinoni

**Kontakt:**  
[bulletin\\_redaktion@bluewin.ch](mailto:bulletin_redaktion@bluewin.ch)

**Lektorin:** Kathrin Graffe

**Gestaltungskonzept:**  
S.H.E.D. GmbH

**Produktion:**  
Satz, Bild und Druck:  
DMG Zug, [dmg.ch](http://dmg.ch)

Gedruckt auf Refutura GSM,  
100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

**Titelbild:** Paula Gisler

**Nutzaufgabe:** 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–  
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–  
Unterstützungsabo: Fr. 50.–  
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

**Einzahlungen auf:**  
Verein DAS BULLETIN,  
6304 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss**  
**Nr. 1/2020:**  
Freitag, 28. Februar 2020

**Erscheinungsdatum**  
Samstag 21. März 2020

**DAS BULLETIN**  
[bulletin-zug.ch](http://bulletin-zug.ch)



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative - die Grünen Zug,  
Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

